

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1950-1950 1950**

119 (3.6.1950)

# UNSER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 413 33, Chefredakteur: Hermann Jerrentrop. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2249. Vertriebsstellen: Offenburg, Friedrichstraße 42; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feidbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 42.

**Volkszeitung  
für Baden**

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,30 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 119

Samstag, 3. Juni 1950

Preis 15 Pfg.

## Erhöhung der Lebensmittelpreise am 1. Juli

Westdeutsche Landwirtschaft soll für Düngemittel den doppelten Preis zahlen — Butterverbrauch gesunken

Bonn. (EB) Vom 1. Juli 1950 an werden keinerlei Subventionen mehr für die westdeutschen Lebensmittelführer und für die westdeutsche Landwirtschaft gezahlt. Das bedeutet, daß die Lebensmittelpreise um 10 bis 25 Prozent steigen werden. Der Brotpreis wird sich um sieben Pfennig pro Kilo erhöhen.

Dieser erneute Angriff auf die Lebenshaltung der westdeutschen Bevölkerung erfolgt ausschließlich auf Wunsch und im Interesse der amerikanischen Großfarmer und Düngemittelexporteure, deren überhöhte Stützungspreise nunmehr auch in Westdeutschland voll zur Geltung kommen werden. Bisher hatte die Bundesfinanzverwaltung ca. 500 Mill. DM als Ausgleich zwischen den deutschen Lebensmittelpreisen und den eingeführten Lebensmittelpreisen und den eingeführten Düngemitteln gezahlt.

Nach Fortfall der Subventionen bei Düngemitteln wird z. B. der Preis von Superphosphat und Glühphosphat von 350 DM auf 710 DM je Tonne steigen. Diese Preissteigerungen werden bei den Klein- und Mittelbauern eine starke Einschränkung, wenn nicht sogar eine völlige Unterlassung der Phosphorsäuredüngung zur Folge haben. Das wird selbstverständlich eine weitere Senkung der Ernteerträge in diesen landwirtschaftlichen Betrieben mit sich bringen, und damit weitere Einfuhren von Lebensmitteln aus dem Ausland notwendig machen. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen sind in Westdeutschland den landwirtschaftlich genutzten Böden bereits rund 670 000 Tonnen Phosphorsäure weniger zugeführt worden als in den normalen Jahren. 46,9 Prozent aller Böden sind völlig ungenügend mit Phosphorsäure versorgt.

Mit diesem Niedergang der westdeutschen Landwirtschaft ist die mangelnde Kaufkraft

der Werktätigen und Erwerbslosen eng verknüpft. So stellt eine Bonner amtliche Verlautbarung fest, daß der Butterverbrauch um 445 Gramm im Januar auf 320 Gramm im März je Kopf der Bevölkerung und der Brotverbrauch um 10 Prozent gesunken ist, d. h. bei Butter auf weniger als die Hälfte des Vorkriegsstandes, der infolge der Parole „Kanon statt Butter“ an sich nicht hoch war.

Die Erhöhung der Lebensmittelpreise und die Aufhebung der Subventionen ist ein An-

schlag auf die Werktätigen in Stadt und Land. Arbeiter und Bauern müssen ihn gemeinsam abwehren.

Organisiert den Protest gegen die Preis-erhöhungen und kämpft um die Erhöhung der Löhne!

Chicagoer Friedenskongreß fordert

Beendigung des kalten Krieges  
Berlin. (EB) In einer dem Generalsekretär der UN, Trygve Lie am Dienstag übergebenen Botschaft, fordern die Teilnehmer des Friedenskongresses in Chicago die Organisation der Vereinigten Staaten auf, sich mit allen Mitteln um eine Beendigung des „kalten Krieges“ zu bemühen.

Die Friedensbewegung in Oesterreich

Berlin. (EB) Mehr als 250 000 Oesterreicher haben bis jetzt ihre Unterschrift für die Stockholmer Beschlüsse zur Aechtung der Atombombe gegeben, gab der österreichische Friedensrat am Mittwoch bekannt. Die Unterschriftensammlung wird mit großem Erfolg fortgesetzt.

Bildung eines nationalen Friedenskomitees in Vietnam

Berlin. (EB) Die Bildung eines vietnamesischen nationalen Friedenskomitees wurde auf einer gemeinsamen Konferenz des Exekutiv-Komitees der Front der Nationalen Union und der Vietnam-Liga beschlossen.

## Ein Prozeß gegen den Frieden

Sieben Monate Gefängnis für Heinz Prieß, Chefredakteur der „HVZ“ beantragt

Hamburg. (EB) Eine Gesamtstrafe von sieben Monaten Gefängnis, aus zwei Einzelstrafen von drei und sechs Monaten, beantragte heute der Staatsanwalt vor dem Amtsgericht Hamburg in einem Verfahren gegen den Chefredakteur der Hamburg Volkszeitung, Hans Prieß. Der Prozeß, der formal wegen angeblicher „Beleidigung“ des Bürgermeisters Brauer geführt wurde, behandelte in Wirklichkeit die Demontage des Trockendocks Elbe 17.

Der SPD-Bürgermeister Brauer glaubte durch die Behauptung der in der Hamburger Volkszeitung veröffentlichten Erklärung des Landesvorstandes der KPD, sein Protestschreiben gegen die Sprengung des Elbdocks an den Britischen Kommissar sei Heuchelei, beleidigt worden zu sein.

Die Beweisaufnahme ergab, daß tatsächlich der Hamburger Senat niemals gegen

die Demontage an sich protestierte, sie vielmehr in einer Erklärung des Senators Schillers als wichtige Entmilitarisierung anerkannt habe, und sich nur gegen die Form der Demontage, nämlich die Sprengung, gewandt hat. Es wurde sogar dokumentarisch nachgewiesen, daß der Senat der Britischen Militärregierung Vorschläge für eine andere wirkungsvolle Zerstörung des einzigen Trockendocks Westdeutschlands unterbreitet hat. Rechtsanwalt Dr. Wessig unterstrich als Verteidiger in seinem Plädoyer, daß gemäß dem Potsdamer Abkommen seit 1948 alle Demontagen völkerrechtswidrig sind, daß aber noch keine westdeutsche Regierung, auch nicht der Hamburger Senat, in dieser Richtung bei der Militärregierung Protest erhoben hat.

Heinz Prieß verwies in seinem Schlußwort auf die Zusammenhänge zwischen den Konkurrenzdemontagen, Kriegsvorbereitungen und der Verfolgung der Friedenskämpfer und erklärte zum Schluß: Bürgermeister Brauer, der vom Senatsdirektor Lueth selbst als Amerikaner bezeichnet worden ist, hat die unangenehme Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Hamburger Hafen „eisfrei“ bleibt. Eisfrei in dem Sinn, daß die

Waffen- und Munitionstransporte, die von französischen, italienischen, holländischen und belgischen Hafenarbeitern und Seeleuten verhindert werden, über den Hamburger Hafen zum Krieg gegen den Osten eingeführt werden können. Es ist verständlich, daß dem Bürgermeister Brauer dabei das Anwachsen der Friedensbewegung in Hamburg störend erscheint. Diese Friedensbewegung zu bekämpfen, daß ist der eigentliche Sinn dieses Prozesses, der ein Prozeß gegen den Frieden ist.

Am Schluß der Verhandlung verkündete der Vorsitzende, daß die Urteilsberatung lange Zeit in Anspruch nehmen wird, da vor allem die Frage der Zuverlässigkeit der Anwendung der Notverordnung von 1931, eingehend behandelt werden müsse. Das von Bürgermeister Brauer beantragte Strafverfahren stützt sich nämlich, um eine möglich hohe Freiheitsstrafe herbeizuführen, auf eine Notverordnung aus dem Jahre 1931, die nach Auffassung der Verteidigung überhaupt nicht mehr anwendbar ist. Die Urteilsverkündung wird am Dienstag mittag erfolgen.

In der gleichen Sache ist auch ein Verfahren gegen den 1. Vorsitzenden der Landes-Organisation Hamburg der KPD Willy Prinz eingeleitet, das bisher noch nicht durchgeführt wurde, da die Immunität des Abgeordneten Prinz noch nicht aufgehoben ist.

## Regierung der DDR würdigt das Deutschlandtreffen

Glückwunschsreiben des Nationalrates der Nationalen Front an die westdeutschen Jugendlichen

Berlin. (EB) Der Ministerrat würdigte in seiner Sitzung am 1. Juni d. J. die Bedeutung des Deutschlandtreffens der FDJ. Der Ministerrat stellte mit Befriedigung fest, daß durch die Fürsorge der Regierung und dank der vorbildlichen Disziplin der Jugend das Deutschlandtreffen ohne Zwischenfälle durchgeführt werden konnte und die Zahl der Erkrankungen äußerst gering geblieben ist.

Der Ministerrat nahm mit Entrüstung Kenntnis von den brutalen Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte und der westdeutschen Behörden gegen die in ihre Heimorte zurückkehrenden westdeutschen Teilnehmer am Deutschlandtreffen und sprach seine Bewunderung aus für die unerschrockene Haltung dieser Jugendlichen, die den westlichen Terroristen eine empfindliche Niederlage bereitet haben.

„Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland beglückwünscht Sie für den großen Erfolg der 10 000 Jugendfreunde aus Westdeutschland, die durch ihre bewußte patriotische Haltung die britischen Okkupations-Behörden zwingen, sie in ihre Heimorte zurückkehren zu lassen.“ heißt es in einem Glückwunschsreiben, das der Vorsitzende des Sekretariats der Nationalen Front, Wilhelm Koenen, an den Zentralrat der FDJ richtete. In dem Schreiben heißt es weiter: „Diese Jugendlichen haben vor der ganzen Welt bewiesen, daß durch das geschlossene Auftreten der friedliebenden deutschen Demokraten für die Einheit unseres Vaterlandes der Erfolg unseres gemeinsamen Kampfes mit der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands gewiß ist.“

## Feierstunde der Jungen Pioniere am Tag des Kindes

Berlin. (EB) Am Donnerstag fand aus Anlaß des Internationalen Kindertages eine Feierstunde der Jungen Pioniere in Berlin statt. Als Gäste nahmen daran der Präsi-

dent der DDR, Wilhelm Pieck, der Vorsitzende der FDJ, Erich Honecker, sowie Vertreter des Exekutivrates des Weltbundes der Demokratischen Jugend teil.

Appell an die Frauen und Mütter  
Berlin. (EB) „Es gibt nur einen Ausweg und der ist: Kampf um den Frieden, Kampf um ein einheitliches Deutschland.“ Mit diesem Appell wendet sich die in der sowjetischen Hauptstadt lebende bekannte deutsche Schriftstellerin Berta Lask am Internationalen Kindertag an die westdeutschen Frauen und Mütter mit der Aufforderung, alles zu tun, um ihren Kindern eine glückliche und frohe Zukunft zu sichern.

Hunderttausende von westdeutschen Frauen seien sich bewußt, daß sie durch den Kampf für den Frieden und für die Einheit Deutschlands ihre Kinder retten können.

## Telegramm Stalins an den Zentralrat der FDJ

„Ich danke für die Grüße der jungen deutschen Friedenskämpfer und Teilnehmer an dem gesamtdeutschen Treffen der Jugend. Ich wünsche der deutschen Jugend, den aktiven Erbauern des einheitlichen demokratischen und friedlichen Deutschlands neue Erfolge bei diesem großen Werk.“

Josef Stalin.

## Im Streiflicht gesehen

### Paratyphus-Epidemie in Nordbayern

Hof. In Nordbayern treten seit einigen Tagen Paratyphuserkrankungen auf, die inzwischen das Ausmaß einer Epidemie angenommen haben. Die Anzahl der erkrankten Personen in Hof ist auf 22 angestiegen, einige von ihnen befinden sich in Lebensgefahr. Im Gerichtsgefängnis erkrankte ein Sträfling an Paratyphus, drei andere stehen unter ärztlicher Beobachtung. Rund 200 Personen sind in Bamau und 11 weiteren Gemeinden des Landkreises Kierschenteuth erkrankt. Zwei Personen sind gestorben. Von Neu-Ulm werden ebenfalls Paratyphusfälle gemeldet.

### Elefanten machen sich selbständig

Höxter. (dpa.) Zwei vierjährige Elefanten, die erst vor zehn Wochen aus Indien importiert wurden, machten sich in Bremerhaven bei Höxter beim Verladen des Zirkus selbständig. Beim Anblick der frei umherlaufenden Dickhäuter, die in Hausgärten einbrachen und junge Bäume ausrissen, stoben die Straßenpassanten panikartig in die Häuser. Die Ausbrecher konnten wieder eingefangen werden.

### Großbrand zerstört 850 Häuser

Tokio. (dpa.) Die kleine Stadt Takanosu im Norden der japanischen Hauptinsel wurde in der Nacht zum Freitag durch ein Großfeuer zur Hälfte zerstört. 850 der 1600 Häuser der Stadt fielen den Flammen zum Opfer. (Nach afp.)

### 13jähriger Mörder verurteilt

Chester. (dpa.) Der 13jährige Thomas Anthony Laughlin wurde am Donnerstag in Chester wegen Mordes an seinem 10jährigen Spielgefährten zu einem Freiheitsstrafe auf unbestimmte Zeit verurteilt. Laughlin hatte, wie der Anklagegevehrter feststellte, seinen Spielkameraden mutwillig getötet, indem er ihm mit einem großen Stein den Schädel einschlug. (Nach Reuter.)

### Stürzende Festungen

Quonset. (dpa.) Neun Personen kamen am Donnerstag beim Absturz eines Flugzeuges der amerikanischen Marine auf der Marinebasis Quonset (Rhode Island) ums Leben. (Nach afp.)

## Mutter - Deine Kinder

Du, Mutter, hast liebend die Hände gebreitet  
Behütend und wachsam ihr Wachsen und Werden geleitet,  
Sie waren Dein Stolz und Dein Glück.  
Und holte der Krieg sie alle drei,  
Und zwei von ihnen blieben dabei.  
Nur einen bekamst Du zurück.  
Nur ihn hast Du noch. Und doch: ich las,  
Daß die Menschheit schon wieder die Schrecken vergaß.  
Daß sie schon wieder rüstete.  
Ihr Mütter im Lande, in aller Welt —  
Ihr steht nicht auf? Kein einziger Schrei  
gellt,  
Wo Millionen sich wehren müßten!  
Ihr schweigt? Ihr habt doch den Krieg erlebt!  
Allüberall hat die Erde gebebt!  
Und ihr wollt still dazu sein?  
Gequälter Mensch Du — Du Kreatur,  
Komm, wie als Kind zu der Mutter und  
zur  
Von ihr kann es kommen, das „Nein!“  
Th. Hw.-Kt.  
Internationaler Kindertag 3./1. Juni

## Telegramm des PV an Ernst Nagel

Lieber Genosse Nagel!  
Mit Entrüstung nimmt das Sekretariat des Parteivorstandes der KPD Kenntnis von Deiner Verurteilung zu fünf Monaten Gefängnis durch das Gericht in Bielefeld. Du gehörst zu denen, die von tiefer Sorge um die Erhaltung des Friedens und die Herbeiführung der Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung auch in Westdeutschland erfüllt sind. Du gehörst zu denen, die darum kämpfen, daß ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland geschaffen wird, das verhindert, daß Deutschland noch einmal den Weg geht, der Hitler zur Macht verhalf. Das hat Dich veranlaßt im „Volksrecht“ Demold, dessen Chefredakteur Du bist, gegen das milde Urteil eines Bielefelder Gerichts gegen den Gestapo-Henker Kaufmann zu protestieren. Du handelst dabei ganz im Sinne der 35 000 Werktätigen, die in Bielefeld auf Veranlassung ihrer Gewerkschaften aus dem gleichen Anlaß demonstrierten. Das neuerliche schwere Urteil gegen Dich unterstreicht vor der ganzen Welt die Tatsache, daß die Richter in Westdeutschland in überwiegender Zahl ehemalige Mitglieder der NSDAP sind, die der Justiz Freisler und Himmlers treu gedient haben. Die Justiz, die Dich in Bielefeld verurteilt, ist dieselbe, die in Neumünster einen Hedder und in Hamburg einen Harlan freisprach.

Deine Verurteilung ist ein Alarmruf. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre, alle anständigen Deutschen, müssen gegen dieses Urteil leidenschaftlich protestieren. Alle, die einen neuen Himmler-Terror gegen Kämpfer für den Frieden und für die Sache des Volkes verhindern wollen, müssen die Aufhebung des Urteils und Deine sofortige Freilassung fordern.

Sekretariat des Parteivorstandes der KPD.

## Der Deutschlandsender

bringt am morgigen Sonntag in der Zeit von 21 bis 23 Uhr einen großen Querschnitt und eine Zusammenfassung vom Deutschlandtreffen der FDJ in Berlin.

## Bestrafung der Schuldigen von Dahlbusch gefordert

Erklärung des Landesausschusses der Nationalen Front — Unparteiische Untersuchung an Ort und Stelle muß angeordnet werden

Bonn. Der Landesausschuß Nordrhein-Westfalen der Nationalen Front veröffentlicht folgende Erklärung:

Aus allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung, insbesondere der Ruhrarbeiterschaft, wurde angesichts der Grubenkatastrophe auf Zeche „Dahlbusch“ einmütig und mit Nachdruck die Untersuchung der mittelbaren und unmittelbaren Ursachen dieses Unglücks, die Abschaffung der Ausbeutungsmethoden, Verbesserung der Grubensicherheit und Bestrafung der zu ermittelnden Schuldigen gefordert.

Statt das Ergebnis einer solchen, auch gegen ihn zu richtenden Untersuchung abzuwarten, hatte der Generaldirektor Dr. Kost von der Deutschen Kohlenbergbauleitung den schlechten Geschmack, sich bei den Trauerfeierlichkeiten in Gelsenkirchen vor die Hinterbliebenen der getöteten Bergleute zu stellen und eine Hetzrede gegen alle diejenigen zu halten, die Untersuchung der Katastrophe und Bestrafung der Schuldigen verlangten.

Dr. Kost behauptet, der Grubensicherheitsausschuß Nordrhein-Westfalen habe ausdrücklich schon jetzt festgestellt, daß Verwaltung, Betriebsrat, Behörden und deutsche Kohlenbergbauleitung keinerlei Schuld an dem Unglück nachzuweisen sei. Dr. Kost ist die oberste verantwortliche Stelle für die Katastrophe. Er soll sich vor den Richtern verantworten, die nach durchgeführter Untersuchung über die Schuldfrage zu entscheiden haben. Er hat kein Recht, eine Trauerfeier zu einer politischen Demonstration, zu seiner persönlichen Entlastung zu benutzen. Die von Dr. Kost bei dieser Trauerfeier vorgebrachten Behauptungen sind falsch. Der Zechensicherheitsausschuß hat bis jetzt nur einen vorläufigen Bericht auf Grund rasch abgehaltener Besprechungen abgegeben. Die eigentliche und genaue Untersuchung kann noch gar nicht durchgeführt werden, weil die Unglücksstelle wegen der noch schwelenden Brände und fortwährenden Explosionsgefahr zugemauert werden mußte und noch nicht begangen werden kann. Wenn in diesem vorläufigen Bericht tatsächlich ausgesprochen sein sollte, daß keiner der verantwortlichen Stellen irgend eine Schuld trifft, so muß diese Erklärung des Zechensicherheitsausschusses aus den genannten Gründen als voreilig, sachlich unbegründet und tendenziös zurückgewiesen werden.

Wir verlangen von den obersten zuständigen Behörden in Westdeutschland, dem Bun-

desministerium für Wirtschaft und dem Bundesministerium für Arbeit, daß sie nunmehr von sich aus eine unparteiische, von Fachleuten durchzuführende Untersuchung an Ort und Stelle anordnen, das Ergebnis dieser Untersuchung in vollem Wortlaut baldmöglichst veröffentlichen und ohne Rücksicht auf Person oder Amt gegen alle Schuldigen an dieser Katastrophe Anklage vor dem ordentlichen Gericht erheben.

Darüber hinaus ruft die „Nationale Front“ alle Deutschen auf, gemeinsam mit ihr die

koloniale Ausbeutung zu bekämpfen, die nach dem Raubbau an den deutschen Kohlenruben während der Hitlerzeit die Antriebsmethoden im Bergbau fortsetzt und solche Katastrophen verschuldet. Wir verlangen die Überführung der Gruben in die Hand des Volkes und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse, die nicht zu erreichen sind, solange kapitalistische Kräfte die deutschen Bodenschätze für ihre Profitzwecke mißbrauchen können.

Landesausschuß Nordrhein-Westfalen der „Nationalen Front“  
I. A.: Wilhelm Karl Gerst

## Der Frieden ist unteilbar

Ansprache des sowjetischen Oberst Jelisarow anläßlich der Übergabe des Hauses der Kultur der Sowjetunion

Berlin. (EB) Anläßlich der Übergabe des Hauses der Kultur der Sowjetunion in Berlin in die Hand der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hielt im Auftrage der sowjetischen Kontrollkommission von Deutschland, Generaloberst Jelisarow eine grundsätzliche Ansprache, in der er sich für einen konsequenten Kampf für den Frieden einsetzte. Er sagte: „Die Entfaltung des Kampfes für den Frieden, der alle Bevölkerungsschichten Deutschlands umfaßt, stellt die Hauptforderung der Gegenwart dar.“

Das deutsche Volk, genau wie das sowjetische Volk, will keinen Krieg. Die Imperialisten aber, die sich an dem Krieg bereichern haben, sind schon dabei, einen neuen Krieg vorzubereiten. Sie trachten danach, Westdeutschland in diesen neuen Krieg zu stürzen. Alle deutschen Patrioten stehen vor der Aufgabe, sämtliche Bevölkerungsschichten Ost- und Westdeutschlands in die Friedenskampagne einzubeziehen. Der Weg des Krieges führt zur Zerstörung Deutschlands. Der Weg des Friedens und der Demokratie aber führt zur Wiederherstellung eines starken und unabhängigen Deutschlands.“

## Französische Nationalversammlung fordert Atomwaffen-Verbot

Paris. (dpa) Das Verbot der Atomwaffen und die Einberufung einer Wissenschaftler-Konferenz für die Vorbereitung

einer Internationalen Atomkontrolle werden in einer Entschließung gefordert, die der Außenpolitische Ausschuß der französischen Nationalversammlung am Mittwoch ausgearbeitet hat. Die französische Regierung wird darin aufgefordert, in der UNO dafür einzutreten, daß eine Konferenz von Atomwissenschaftlern einberufen werden kann.

## 30 000 Landarbeiter streiken

Mailand. (EB.) Etwa 30 000 Landarbeiter im Gebiet von Pavia in Norditalien sind am Montag in den Streik getreten, um ihre Lohnforderungen durchzusetzen. Die Industriearbeiter dieses Gebietes werden am Dienstag aus Solidarität mit den Landarbeitern für zwei Stunden ihre Arbeit niederlegen.

## Kriegsverbrecher müssen verurteilt werden

Note der Sowjetunion an USA und Großbritannien

Berlin. (EB) Die sowjetische Regierung forderte in einer Note an die Regierungen der USA und Großbritannien eine baldige Beantwortung ihrer Note vom 1. Februar ds. Js., in der sie die Bildung eines internationalen Militärtribunals zur Aburteilung des Kaisers von Japan und japanischer Generale vorgeschlagen hatte.

### So muß ganz Deutschland kämpfen

„Aber es geht doch nicht um die Anlegung von schwarzen Listen beteuerte der sozialdemokratische Innenminister Schleswig-Holsteins, Herr Käber, er wolle doch die Heimkehrer von Deutschland treffen der Jugend nur „registrieren“, er wolle doch nur wissen wer dort war. In Niedersachsen und Hessen kamen Zehntausende unangefochten über die Zonengrenze, Herr Käber aber holte sich die Polizei aus Hamburg und anderen „Bundesländern“ zu Hilfe, um ein Kessel-treiben gegen rund 10 000 Jugendliche und Kinder zu veranstalten. Lebensgefährlich Verletzte gab es dabei auf Seiten der Kinder.“

Erst wollte man sie abschrecken von der Fahrt nach Berlin, indem man frech das Blaue vom Himmel herunterzog, von Bürgerkrieg, von Panzerinsatz, von Verhaftung durch die Volkspolizei, von Verschleppung in die Uran-Bergwerke oder nach Sibirien. Sie gingen trotzdem und gaben der westberliner Fremdenlegion in deutschen Polizeiformen nicht die Möglichkeit auf deutsche Jugend zu schließen. Nun sollten sie in Westdeutschland die „demokratische“ Polizei kennen lernen.“

Aber die unbewaffneten Kinder und Jugendlichen beugten sich nicht dem sozialdemokratischen Innenminister, seinen Polizisten und Pfälzern, seinen Karabinern und Gummiknüppeln. Zwar konnte man einige von ihnen wundschnellen, aber sie siegten durch ihren unbeugsamen Willen über den Pglzeiterror. Herr Käber handelte durchaus im Sinne des Bonner Entwurfs für ein „Staatschutzgesetz“, von dem sogar eine so reaktionäre Zeitung wie die „Zeit“ schreibt, daß sie dabei an den „Polizeistaat Metternicher Prägung“ erinnert wurde. Herr Käber aber mußte seine Polizei zurückrufen, ihm erteilte die Freie Deutsche Jugend eine Lektion und dem ganzen deutschen Volk gab sie ein hervorragendes Beispiel.

Nach wie vor bemüht sich die „amerikanische Zeitung in Deutschland“, „Die Neue Zeitung“, das Pfingsttreffen in einem Miß-erfolg der FDJ umzulügen. Diesem Agitationsbedürfnis widersprechen sogar ihre Schwestern in der amerikanischen Heimat. Die „New York Times“ z. B. kommentiert am 29. 5. 1950 das Deutschlandtreffen:

„Es bestehe kein Grund, die Bedeutung der Pfingstdemonstration herabzusetzen. Die bloße Tatsache, daß eine halbe Million deutscher Jugendliche in Berlin zusammenkamen und dort marschierten, sei ein Maßstab dafür, wie weit die deutsche Jugend hinter der Deutschen Demokratischen Republik stehe. Auch wenn kein Einmarsch in Westberlin erfolgt sei, (der ja in Wirklichkeit nie geplant war) so sei die Demonstration vom Standpunkt ihrer Veranstalter aus doch der Mühe wert gewesen. Das Kraftbewußtsein das von dieser Demonstration ausgehe, werde seinen Eindruck auf die Deutschen nicht verfehlen. Die westlichen Alliierten müßten die deutsche Jugend noch mit einer ähnlichen Verpflichtung für ihre Sache begeistern.“

Aber nicht nur in Berlin, sondern auch in Westdeutschland, vor allem aber an der Zonengrenze in Schleswig-Holstein bewies die Freie Deutsche Jugend dem ganzen deutschen Volk, welche Kraft aus dem Zusammenhalten, aus der Einigkeit entspringt. So wie sie unbewaffnet aber von einem festen Willen besetzt den Polizeiterror überwand, so muß das ganze deutsche Volk zusammenstehen um die Spalter unseres Vaterlandes zu überwinden. So muß es einig sein im Kampf gegen die Kriegstreiber und zur Verteidigung des Friedens. So muß man jedes Stück Land verteidigen auf dem neue Kasernen gebaut, Flugplätze oder Truppenübungsplätze angelegt werden sollen, einig und willensstark. So muß man in jedem Betrieb wachsen sein, um zu verhindern, daß irgend eine Art Kriegsmaterial fabriziert wird. So einig und geschlossen aber müssen wir auch unsere Unterschriften für die Aechtung der Atombombe und für die Verurteilung der Regierung, die sie als erste anwendet, als Kriegsverbrecher. E. M.

Es ist der westdeutschen Separatregierung und ihrem Bundestag in Bonn zu danken, daß die Besatzungskosten immer mehr anwachsen. Man hat nicht, wie es die Kommunisten forderten, um die Herabsetzung der Besatzungskosten gekämpft. Man braucht die Besatzungstruppen um die Herrschaft des Großkapitals in Westdeutschland aufrechtzuerhalten. Dieses Großkapital, die Monopolisten, die Kriegsverbrecher von Gestern arbeiten gemeinsam mit ausländischen Imperialisten für einen neuen Weltkrieg. Zu den Besatzungsgeschädigten, die schon seit 1945 ihre Häuser, ihre Wohnungen, ihre Möbel, ihren Garten oder ihre Aecker verloren haben, sollen, nach den Willen der Kriegstreiber, noch weitere Besatzungsgeschädigte kommen. Denn zur Planung des nächsten Krieges gehören neue Truppenübungsplätze, neue Rollbahnen für Bomber, neue Autobahnen, neue Kasernen und Offizierswohnungen. Wieder verlieren Bauern ihr Land und ganze Dörfer sollen geräumt werden. Einen entschlossenen und konsequenten Kampf für den Frieden führt im Bundestag allein die Kommunistische Fraktion. Sie hat aber auch einen Gesetzentwurf eingereicht, der endlich den Besatzungsgeschädigten ihr Recht verschaffen soll.

#### Mindestens

#### 300 000 Wohnräume beschlagnahmt

Da sind zuerst die Milliardenbeträge, die durch die Besatzungskosten verschlungen werden. Sie bilden den größten Ausgabenposten aller öffentlichen Haushalte. Durch sie wird seit fünf Jahren ein normaler Wiederaufbau in Westdeutschland verhindert. Diese Form der Hilfe zgr Verlängerung unserer Not springt jedem in die Augen. Für Hunderttausende sind darüberhinaus die Anforderungen der Besatzungsmächte, eine unmittelbare und fortwährende Bedrohung ihrer Existenz oder eine ebensolche Schädigung ihres Fortkommens.

Nach einer Aufstellung des Bundestagsausschusses für das Besatzungsstatut sind in Westdeutschland rund 300 000 Wohnräume von den Besatzungsmächten beschlagnahmt. Die deutschen Bewohner mußten sie meist in kürzester Frist verlassen. Ganze Ortschaf-

## Der Kampf gegen Demontage wird weitergeführt

### Unübersehbarer Schaden durch die Konkurrenzdemontage in Westdeutschland

Wer den vollen Umfang der Demontagen in der westdeutschen Wirtschaft durch die anglo-amerikanischen Besatzungsmächte kennenlernen will, muß die vom zentralen Antidemontage-Komitee herausgegebene Denkschrift über die Auswirkung der Demontage und Produktionsverbote in Westdeutschland lesen.

Die Anti-Demontage-Bewegung in Westdeutschland ist mit der von zentralen Komitee durchgeführten Konferenz am 21. Mai 1950 in Hannover in eine neue Phase eingetreten. Die Konferenz schuf die Voraussetzungen zum geschlossenen und einheitlichen Vorgehen auf breiterer Grundlage.

In der Denkschrift des Antidemontage-Komitees heißt es auszugsweise:

„Die der westdeutschen Wirtschaft durch die Demontagen zugefügten Schäden sind heute noch nicht annähernd zu überschauen. In der britischen Zone wurden z. B. in Nordrhein-Westfalen in der Stahlindustrie 17 Prozent der Thomas Stahl- und 26 Prozent der Siemens-Martin-Stahl und 68 Prozent

der Elektrostahl-Kapazität, sowie 11 Prozent des Maschinenbaues und 29 Prozent der Werkzeugmaschinen nach dem Stande des Jahres 1944 demontiert, wie der Wirtschaftsmi-nister Dr. Nötling von Nordrhein-Westfalen am 27. Februar 1950 dem Landtag berichtete.“

Die Verschrottung der August-Thyssen-Hütte in Duisburg ist ein Beispiel rücksichtsloser Konkurrenzdemontage. Denn durch die äußerst günstigen Standortbedingungen an der Einmündung der Ruhr in den Rhein liegend, gehörte dieses Werk zu den rentabelsten Europas.“

Die Vernichtung der Kruppschen Stahlwerke in Essen hinterließ ein einziges Trümmerfeld. Wie in der gesamten eisen-schaffenden Industrie wurden auch hier unter hohen Demontagekosten Millionenwerte vernichtet, von denen nur ein Bruchteil dem Reparationskonto gutgeschrieben wurde.“

Die Reichswerke Watenstedt-Salzgitter wurden von Bundeskanzler Dr. Adenauer durch das Petersberger Abkommen den stra-

tegischen Plänen der Westmächte geopfert. Diese modernsten Industrieanlagen bestehend aus Erzbergbau, Kokerei, Hochofen, Stahl- und Walzwerken wurden auf einem Erzvorkommen von 2 Milliarden Tonnen des Salzgitter-Gebietes errichtet.“

Nach einer Vereinbarung, die der britische Hohe Kommissar mit Bundeskanzler Dr. Adenauer getroffen hat, sollen bis zum 1. September 1950 sämtliche Hallen des Stahl- und Walzwerkes zerstört werden. Das Walzwerk umfaßte 26 Hallen von 400 Meter Länge und 50 Meter Breite. Durch diese Vereinbarungen wird Watenstedt-Salzgitter zum größten Elendsgebiet Westdeutschlands, dessen Bevölkerung zu zwei Drittel der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen wird.“

Die hochentwickeltesten und modernsten Teile der chemischen Industrie Westdeutschlands wurden demontiert, um die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt auszuschalten. Synthetische Treibstoff- und Gummierwerke wurden stillgelegt, um dem auto-

dischen Rohöl und Kautschuk Deutschlands Märkte zu öffnen. Den folgenschwersten Schlag gegen die chemische Industrie stellt das Verbot der Erzeugung von synthetischem Treibstoff und Buna dar. Die Ausschaltung von 4000 Arbeitsplätzen in den Fischer-Tropsch-Anlagen bedeuten allein schon eine starke Belastung. Dazu kommt die Schädigung der Volkswirtschaft durch die Notwendigkeit der verstärkten Einfuhr von Treibstoffen infolge des Produktionsausfalls.“

„Allein der Ausfall von zwei Fischer-Tropsch-Werken machte die Einfuhr von 20 000 Tonnen Fettsäure im Werte von 16 bis 17 Millionen DM erforderlich, zumal durch das Verbot des deutschen Walfanges heute die Industrie, insbesondere bei der Seifen- und Waschmittelherstellung auf synthetische Fettsäure mehr denn je angewiesen ist.“

Die Demontage in einzelnen Werkstätten des großen westdeutschen Stickstoffwerkes in Ludwigshafen-Oppau wird weiter durchgeführt. Damit wird der westdeutschen Landwirtschaft großer Schaden zugefügt.“

Durch die Demontage in der Aluminium-Industrie, der u. a. das modernste europäische Aluminiumwerk Töging - Oberbayern und das ERPT-Werk Grovenbroich Niederrhein zum Opfer fielen, wird die Aluminium-Kapazität gegenüber der der Vorkriegszeit vermindert. Deutschland, ehemals ein Aluminium-Ausfuhrland wird auch auf diesem Gebiet durch nunmehr notwendige Importe vom Ausland abhängig.“

Die Denkschrift weist weiter hin auf die Schädigung der westdeutschen Wirtschaft durch die Verbotmaßnahmen und Beschränkungen für die Schifffahrt und den Schiffsbau, und macht ausführliche Angaben über die Behinderungen des innerdeutschen Handels und des westdeutschen Außenhandels durch die anglo-amerikanischen Imperialisten und das ausländische Konkurrenzkapital wird ausführlich geschildert. Das Studium der Denkschrift der Antidemontage-Konferenz wird helfen im Kampf gegen alle Demontagen und Produktionsverbote, und ist somit ein Beitrag zur Sicherung der Existenz und der Zukunft des deutschen Volkes. H. H.

## Wir wollen dieses Provisorium beseitigen

### KPD gegen neue Gestapo - SPD bereit, mit Ritter von Lex „ihren Separatstaat zu verteidigen“

Bonn. (EB) „Es muß um die Demokratie sehr schlecht bestellt sein, wenn sie sich ausgerechnet einen Mann, der 1933 dem Hitlerschen Ermächtigungsgesetz zugestimmt hat, in diesem Hause als Fürsprecher und Generalanwalt für ihren Schutz ausgesucht hat.“ Dies erklärte Abg. Walter Fisch, nachdem Staatssekretär Ritter von Lex in Vertretung des Innenministers den Gesetzentwurf über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes begründet hatte. Ritter von Lex bestritt nicht, daß er als Abg. der Bayerischen Volkspartei dem Hitlerschen Ermächtigungsgesetz zugestimmt habe.

Der Entwurf sieht eine Zusammenarbeit der Länderpolizei vor, die nach Anweisung einer zu bildenden „Bundesoberbehörde“ verfassungsgerechtere Bestrebungen rechtzeitig aufdecken und unterbinden soll.“ Ritter von Lex stellte weiter die Errichtung eines neuen Propagandaministeriums in Aussicht, das die Jugend zur Achtung vor der Bonner Verfassung „erziehen“ soll.

Die Vorlage will entscheidende Grundrechte ausschalten, erklärte Walter Fisch. Meine Fraktion erhebt entschiedenen Protest gegen das sonderbare Geheimverfahren, das bei der Vorbereitung des Entwurfs angewandt wurde. Vor über zwei Monaten hat Dr. Heinemann den Länderinnenministern sehr genaue Informationen über seine Pläne gegeben. Ihnen hat er erklärt, daß die zu schaffenden Organe des „Verfassungsschutzes“ im Einvernehmen mit den Besatzungsmächten arbeiten sollen. Auch wurde dort erklärt, daß diese Organe „die Informationen von nicht polizeimäßig organisierten Verbindungsleuten erhalten sollen.“ Daraus ergibt sich also ganz klar, betonte Abg. Fisch, daß eine neue Gestapo als verlängerter Arm der Besatzungsmächte und ihrer Militärpolizei geschaffen werden soll.

Deutschlands Grenze liegt nicht vor den Toren Lübecks

Ich frage Sie: Was wollen Sie denn eigentlich mit Ihren Maßnahmen schützen? Sie wollen den Eindruck erwecken, als ob der sogenannte westdeutsche Bundesstaat und sein Grundgesetz Ewigkeitswert besäßen. Bei den Debatten zur Schaffung des Grundgesetzes wurde aber von allen Seiten erklärt, daß der zu schaffende Staat ein Provisorium sei. Wenn es sich aber um ein Provisorium handelt, betonte Abg. Fisch, muß es jedem Bürger zutiefst, für die Überwindung dieses Provisoriums durch ein geeintes, unabhängiges, demokratisches Deutschland einzutreten. Wir werden das heute und immer tun.

Die SPD, die offizielle „Oppositions-partei“ schickte den Bürger Dr. Grewe als Sprecher vor. Zur KPD-Fraktion gewandt erklärte er: „Wir wollen uns vor Ihnen schützen. Wir wollen uns diesen Staat nicht von Ihnen verderben lassen.“ Und Ritter von Lex ansprechend betonte er: „Wenn die Ausführung des Gesetzes von demselben Geist getragen sein wird wie ihre Begründung, arbeiten wir mit Ihnen hundertprozentig zusammen. Die äußerste Rechte des Bundestages versuchte, mit SA-

Gebrüll den Schluß der Erklärung Walter Fisches zu überhören.“

An alle Helfershelfer der Politik des Petersberges gerichtet, erklärte dieser: „Wir sind nicht der Meinung, daß Deutschlands Grenze vor den Toren der Stadt Lübeck liegt. Wir, die wir für ein geeintes, freies und demokratisches Deutschland kämpfen, sind der Auffassung, daß diese Verfassung keines Schutzes wert ist und schon gar nicht eines „Schutzes“ durch Gewalt und Ausnahmebestimmungen. Wir wünschen vielmehr, daß diese Verfassung verschwindet.“

## Kalter Krieg im Bundestag

### Die KPD-Fraktion soll um ein Mandat geprellt werden

Bonn. (EB) Drei Minuten Redezeit wurden dem Sprecher der KPD-Fraktion, Heinz Renner, zugestanden, um dagegen zu protestieren, daß die antikommunistische Bundestagsmehrheit die KPD um ein ihr zustehendes Mandat prellen will. Der Berichterstatter des Geschäftsordnungsausschusses, Dr. Becker, hatte alle bewußt in die antikommunistische Presse lancierten Schwindeleien benutzt, um aus dem Agenten Müller einen Märtyrer der Atlantikblockade „Freiheit“ zu machen.

Der Ausschuß hatte seit Wochen alle von einer bestimmten Stelle aus fabrizierten Lügenmeldungen über die Umstände, die Müller veranlaßten, sein Mandat niederzulegen, gesammelt und verlangt nun, die KPD müsse den ganzen Schwindel durch den Antritt des Gegenbeweises entkräften.

Trotzdem der Volljurist, Dr. Becker, erklären mußte, die Unterschrift Müllers unter der Mitteilung, mit der er sein Mandat niederlegte, ist echt, und trotzdem ein Sachverständigenrat der Bonner Universität zu dem „gescheiterten Schluß“ beantragte, er den Agenten Müller weiterhin als Mitglied des Bundestages zu betrachten. Seinem Antrag entsprechend beschloß die antikommunistische Mehrheit des Bundestages, von Dr. Schumacher bis Dr. Richter, die Höhen Kommissare zu ersuchen, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um Müller seine Agententätigkeit in Westdeutschland wieder zu ermöglichen.

#### Erklärung der Fraktion der KPD

Die Mandatsniederlegung des ehemaligen Abgeordneten Kurt Müller ist in der Plenarsitzung des Bundestages vom 11. Mai 1950 durch den Herrn Vizepräsidenten Dr. Carlo Schmidt bekanntgegeben worden. Damit ist nach der Verfassung die Mandatsniederlegung rechtsgültig geworden. Der zuständige Landeswahlleiter von Nordrhein-Westfalen ist von dieser Tatsache ordnungsgemäß durch das Bundestagspräsidium in Kenntnis gesetzt worden.

Dieser hat daraufhin, den Bestimmungen des Wahlgesetzes entsprechend, Herrn Hein-

rich Niebes, Düsseldorf, der als Nachfolger auf der Landesergänzungsliste in Betracht kam, um die Erklärung gebeten, ob er das auf ihn entfallende Mandat annehme. Herr Niebes hat sich zur Annahme des Mandats bereit erklärt und ist somit gemäß den Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes rechtmäßiger Abgeordneter des Bundestages.

Alle Versuche, nachträglich den rechts- und verfassungsmäßigen Zustand in dieser Angelegenheit unter willkürlichen Vorwänden zu korrigieren, ist von dem Bundestag, diktiert, der Kommunistischen Partei ein ihr zustehendes Mandat zu entziehen.

Die von der Mehrheit des Hauses vorgebrachten Begründungen entbehren jeder sachlichen und rechtlichen Grundlage. Herr Heinrich Niebes ist mit der Erklärung der Annahme des Mandats Abgeordneter dieses Hauses. Jeder Versuch, ihn an der Ausübung seines Mandats zu hindern, ist ein glatter Verfassungsbruch.

#### KPD-Abgeordnete kein Diktänschlucker

Als besonderes Verbrechen kreierte Dr. Becker bei dieser Gelegenheit den KPD-Abgeordneten an, daß sie ihre Diäten nicht voll für persönliche Zwecke gebrauchten und sich mit dem Gehalt eines Parteiangestellten begnügen. Für die SPD versuchte Abg. Ritzel, den antikommunistischen Unsinn und die Spitzfindigkeiten des Ausschußvorsitzenden noch zu übertrumpfen. Bei seinen besonders gehässigen Ausfällen fand er den stärksten Beifall bei der reaktionären IG-Farben-Euler forderte, daß die Staatsanwaltschaften auf Grund aller

## Sowjetische Hüttenproduktion gestiegen

Stalino. (EB) Auf einer Besprechung der hervorragendsten Arbeiter, Ingenieure und Techniker der Eisenindustrie der UdSSR teilte der Minister der Hüttenindustrie, Kusmin, mit, daß sich die Gewinnung von Roh-eisen im Jahre 1949 im Vergleich zum Jahre 1948 um 19 Prozent, der Stahlschmelzertrag um 25 Prozent und die Walzwerkerzeugung um 27 Prozent erhöht hat.

#### Opfer der Gangsterkultur

Long Beach. Fünf Schulkinder darunter drei Mädchen, wurden unter dem Verdacht, den Inhaber eines Spiritiosengeschäftes ermordet zu haben, in Kalifornien verhaftet. Bei ihrer Vernehmung erklärten sie, sie seien Mitglieder eines „Clubs“, in dem nach Vorbildern von Wildwest-, Cowboy- und Detektivfilmen Verbrechen geplant werden.

möglichen uralten Paragraphen die Gelegenheit Müller zu einem Kesselstreben gegen den KPD-Vorstand mißbrauchen sollen.

Mit Recht konnte Heinz Renner feststellen, daß die von dem Ausschuß mühsam aus einer Räuberromantik zusammenkonstruierten „Beschuldigungen“ gegen die KPD von geradezu grotesker Lächerlichkeit seien. Nur wer selber ein Untertan sei, könne aus der eisernen Disziplin der KPD, die ihr Becker als „Verbrechen“ ankreidete, ein Untertanenverhältnis konstruieren. Alle gesetzlichen Vorschriften im Falle Müller sind eingehalten worden, betonte Abg. Renner, und wer seinen Nachfolger, den Abgeordneten Heinz Niebes an der Ausübung seines Mandats hindert, begeht einen glatten Verfassungsbruch.

und eine angemessene Entschädigung erreicht werden.

Aber eine solche Regelung ist nur die eine Seite der Angelegenheit. Entscheidender ist, zu verhindern, daß in Zukunft neue Schäden durch die Westalliierten entstehen. Das kann nur erreicht werden, wenn alle Besatzungstruppen baldigt unser Land verlassen. Durch die Verletzung des Potsdamer Abkommens und die Preisgabe der darin festgelegten Ziele der Besatzung; Entmilitarisierung, Demokratisierung und Einigung Deutschlands, haben die westlichen Besatzungsmächte das Recht für die Anwesenheit in Deutschland verwirkt. Die Sowjetunion hat wiederholt ihre Bereitschaft zur Räumung Deutschlands zum Ausdruck gebracht, wenn gleichzeitig die westlichen Besatzungs-armeen abziehen.

Es liegt im ureigensten Interesse der durch die westlichen Besatzungsmächte persönlich und wirtschaftlich Geschädigten und dem gesamten deutschen Volkes, diese sowjetische Bereitschaft aufzugreifen und durch Unterstützung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands den schlichsten Wunsch aller Deutschen zu verwirklichen: schnellen Abschluß eines Friedensvertrages, Schluß mit der Besatzung.

Einen genau entgegengesetzten Standpunkt nehmen die hochkapitalistischen Besatzungsmächte des Westens ein. McCloy, der amerikanische Hochkommissar, erklärte beispielsweise am 22. Mai in Hannover, daß die Amerikaner „noch einige Zeit“ in Deutschland bleiben wollen. Er sprach bei dieser Gelegenheit davon, daß die amerikanische Besatzung Deutschland „helfen“ wolle, im westlichen Sinne „demokratisch geeint“ zu werden. Das deutsche Volk hat über die Art der westalliierten „Hilfe“ fünf Jahre lang Erfahrungen gesammelt. Die Schäden und die Kosten dieser „Hilfe“ haben ein solches Ausmaß erreicht, daß immer vernehmlicher der Ruf erschallt:

„Go home Ami! Go home Tommy!“

## KPD fordert Recht für Besatzungsgeschädigte

ten mußten geräumt werden. In Bad Oeynhausen zum Beispiel mußten von 12 000 Einwohnern 9 000 aus ihren Wohnungen, die britische Armee beschlagnahmte 764 Wohnhäuser und 4000 andere Gebäude.

Beim Verlassen der Wohnungen mußte meist das ganze Inventar zurückgelassen werden. In einer Denkschrift des Finanzministers von Nordrhein-Westfalen über die Besatzungskosten heißt es:

„Der Wert des zurückgelassenen Inventars dürfte die Milliardengrenze erheblich überschreiten, und wurde beispielsweise in Bad Oeynhausen anhand der von den Geschädigten eingereichten Schadenaufstellungen mit 40 Millionen DM auf Grund von Normalwerten von 1939 ermittelt.“

#### Systematische Zerstörung

Wie „vorbildlich“ und „kultiviert“ die westlichen Besatzungstruppen mit dem Eigentum deutscher Menschen umgehen, ließ sich bei Umquartierungen immer wieder feststellen. Die eben zitierte Denkschrift sagt dazu:

„In Siegburg z. B. waren britische Truppenkasernenmäßig in Wohnhäusern untergebracht. Bei der Uebergabe der Wohnhäuser von den Briten an die belgischen Besatzungstruppen konnte beobachtet werden, daß der größte Teil der Wohnungseinrichtungen zerstört oder in Verlust geraten war. Die Möbelriedhöfe, auf die das von der Besatzung freigegebene unbrauchbare Mobiliar geschafft wird, bieten ein erschreckendes Bild von der systematischen Zerstörung deutschen Privateigentums. Gleichlautende Meldungen liegen aus allen Teilen des Landes vor.“

Alle Klagen von deutscher Seite hinderten die westlichen Besatzungsmächte nicht daran, in dieser „Hilfe“ und „Erziehung zur westlichen Demokratie“ fortzufahren. Im Zuge des Aufbaus Westdeutschlands zu einem militärischen Stützpunkt werden

alleinthalben Flugplätze und Truppenübungsplätze erweitert oder neu angelegt. Auf deutsche Eigentums- und Nutzungsrechte wird keinerlei Rücksicht genommen. In der Lüneburger Heide zerwühlen britische Panzer Felder und Straßen. Zur Erweiterung des Flughafens bei München-Gladbach sollen 28 Häuser geräumt werden. Im Kreise Büdingen in Hessen wollen die Amerikaner im Gebiet von 20 Gemeinden landwirtschaftliche Nutzungsgelände, Waldgebiete und auch bewohnte Flächen beschlagnahmen, um Kasernen, Truppenübungs- und Flugplätze zu errichten. In allen Übungs- und Manövergebieten werden die Bauern gehindert, ihre Felder ordnungsgemäß zu bestellen. Die so entstehenden Schäden wachsen und wachsen.

Ganz Westdeutschland dient den westlichen Besatzungsarmeen als ein einziges großes Manövergelände. Ihre Flugzeuge kennen keine Sperrzonen. Die Bombardierung Helgolands erscheint den Briten als das Selbstverständlichste von der Welt. Dort werden Bomben geworfen, auch wenn deutsche Fischerboote vor dem Sturm Schutz in den Hafenanlagen suchen: Menschenleben? Aber auch auf dem Festland „verlieren“ Besatzungsflugzeuge gelegentlich Bomben. Im Februar wurde ein Bauerngehöft in der Nähe von Malms durch eine Bombe beschädigt, und auch in der Nähe eines Bauernhofes bei Mainberg detonierte eine Fliegerbombe.

Doch auch im persönlichen Verkehr erleiden deutsche Menschen Schäden an Leben und Gesundheit durch die Besatzungstruppen. Der Verband der Körpergeschädigten teilte mit, daß allein in Bayern 7300 Männer und Frauen schwere gesundheitliche Schäden auf Lebenszeit durch Gewaltakte amerikanischer Soldaten erlitten. Nicht selten mußten Deutsche dabei ihr Leben lassen.

#### Ganze Wirtschaftszweige ruiniert

Über diese persönlichen Schäden hinaus

erleidet das ganze deutsche Volk fortlaufend ungeheuren Schaden durch die Wirtschaftspolitik der Westalliierten. Erinnert sei nur an den Verlust ungeheurer Auslandsaufträge an britische oder amerikanische Firmen, hervorgerufen durch die „Kontrolle“ der JEIA und ihrer Nachfolgerin. Das Wegschneiden des 100 000 Tonnen Schienenauftrages der Volksrepublik China durch britische Firmen ist noch in aller Gedächtnis. Aber auch auf weniger in die Augen springenden Gebieten sind die Wirtschaftsschädigungen ungeheuer. Lassen wir uns von der Züricher Zeitung „Die Tat“ auf eines hinweisen:

„Die Summen, die durch die völlig ungegerechtfertigte Beschlagnahme von Wohn- und besonders von Hotelraum der deutschen Wirtschaft verlorengehen, müssen sich ins Unermeßliche belaufen. Man sieht große Hotels (im Raume um Bonn Pl.) die dem deutschen Fremdenverkehr entzogen sind, in denen aber ein Dutzend Bediente für ein halbes Dutzend Angehörige der Besatzungsmächte bereitstehen, während gleichzeitig die paar übriggebliebenen deutschen Hotels in dem rheinischen Fremdenverkehrsgebiet nicht wissen, wohin sie mit ihren Gästen sollen.“

#### KPD nimmt sich der Geschädigten an

Die Abgeltung all dieser durch die Besatzungspolitik entstandenen Schäden und der durch sie erzwungenen Leistungen werden in durchaus ungenügender Weise vorgenommen, nach Bestimmungen, die von den einzelnen Besatzungsmächten erlassen sind. Sie werden meist wie „Kriegsschäden“ behandelt oder es wird versucht, sie mit dem Lastenausgleich zu verknüpfen. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, hat die KPD-Fraktion dem Bundestag einen Gesetzentwurf über die Abgeltung von Besatzungsleistungen und Besatzungsschäden“ eingereicht. Durch ihn soll eine einheitliche Regelung

# Unser Gruß den Kindern der Welt!

## Frauen im Weltfriedenskampf

Von Luise Dornemann, Bundessekretärin des Demokratischen Frauenbundes

„Heute schließt das Friedenslager die Hälfte der Bevölkerung der ganzen Welt ein, es ist unsere Aufgabe, die andere Hälfte zu gewinnen“, sagte Marie Claude Vaillant Couturier, die Generalsekretärin der Internationalen Demokratischen Frauenföderation auf der Exekutivtagung der Föderation, die vor kurzem in Helsinki stattfand. „Abgesehen von der Handvoll Kriegsgewinnler haben alle Menschen ein Interesse am Frieden. Wir müssen sie darüber aufklären, daß sie aktiv für den Frieden kämpfen müssen.“

Die Konferenz der Frauen in Helsinki zeigte allen, die daran teilnahmen, mit erschreckender Deutlichkeit, wie ernst die Gefahr eines Krieges ist. Nicht nur die Vertreterin Deutschlands mußte von feierhaften Rüstungen, von Kriegsbildern in Westdeutschland berichten, auch die Berichte der Vertreterinnen Englands, Frankreichs, Belgiens, ja, solcher Länder wie Norwegen und Schweden wiesen darauf hin, daß in allen Ländern die Vorbereitungen für den Krieg intensiv betrieben werden. Dennoch kamen wir von der Konferenz mit der Überzeugung zurück, daß diesmal die Kräfte des Friedens imstande sind, ein neues Völkermorden zu verhindern. Was noch nie in der Geschichte geschehen ist, geschieht heute, die Völker stehen auf gegen den Krieg.

„Der Kampf um den Frieden“, so konnte Marie Claude Vaillant Couturier mit Recht sagen, „ist von der Propaganda zur Aktion übergegangen“. Die Frauen und Mütter der Welt stehen als aktivste Kämpfer für den Frieden in den vordersten Reihen und verteidigen ihre Kinder, ihre Männer, Väter und Söhne gegen die Anschläge der Kriegstreiber.

Überall, wo die Hafnarbeiter sich weigerten, die Schiffe mit den amerikanischen Waffen auszuladen — in Frankreich, in Italien, in Holland und Belgien —, haben die Frauen aktiv ihren Kampf unterstützt und sie angefeuert. Ja, in Norwegen waren es die Frauen, die mit den Hafnarbeitern dis-

Auch die amerikanischen Frauen organisierten fünfzig Friedensversammlungen. Sie führten eine Aktion mit Protestkarten an den Präsidenten Truman durch, ähnlich wie wir deutschen Frauen unsere Protestkarten an Dr. Adenauer sandten. In vielen Län-

der syrischen Frauen organisierte eine Demonstration zum Parlament, durch die verlangt wurde, daß dieses für den Frieden arbeite. Ein fünfjähriges Kind und drei Frauen wurden verhaftet. Auch hier wie in Bayruth, wo bei einer Friedensde-

## Kinderschuhe aus Lublin

Von Johannes R. Becher

Nachfolgend bringen wir ein paar Verse aus dem ergreifenden Gedicht, das Johannes R. Becher über den grausigen Fund im Lager Maidanek machte.

Von all den Zeugen, die geladen,  
Vergiß ich auch die Zeugen nicht,  
Als sie in Reih'n den Saal betraten,  
Erhob sich schweigend das Gericht.

Wir blickten auf die Kleinen nieder,  
Ein Zug zog paarweis durch den Saal.  
Es war, als tönten Kinderlieder,  
Ganze leise, fern, wie ein Choral.

Es war ein langer, bunter Reigen,  
Der durch den ganzen Saal sich schlang.  
Und immer tiefer ward das Schweigen  
Bei diesem Gang und Kindersang.

Voran die Kleinsten von den Kleinen,  
Sie lernten jetzt erst richtig geh'n,  
— auch Schuhchen können lachen, weinen —  
Ward je ein solcher Zug gesehn!

Es tritt ein winzig Paar zur Seite,  
Um sich ein wenig auszuruhen.  
Und weiter zieht es in die Weite —  
Es war ein Zug von Kinderschuhen.

Man sieht, wie sie den Füßchen paßten.  
Sie haben niemals weh getan,  
Und Händchen spielten mit den Quasten,  
Das Kind zog gern die Schuhchen an.

Ein Paar aus Samt, ein Paar aus Seiden,  
Und eines war bestickt sogar  
mit Blumen, wie sie ziehn, die beiden,  
Sind sie ein schmuckes Hochzeitspaar.

Mit Bändchen, Schnallen und mit Spangen,  
Zwerghafte Wesen, federleicht —  
Und viel sind viel zu lang gegangen,  
Und sind vom Regen durchgeweicht.

Man sieht die Mutter, auf den Armen  
Das Kind, vor einem Laden stehn:  
„Die Schuhchen, die, die weichen, warmen,  
Ach Mutter, sind die Schuhchen schön!“

„Wie soll ich nur die Schuhchen zahlen?  
Wo nehm' das Geld ich dafür her...“  
Es naht ein Paar von Holzsandalen,  
Es ist schon müd' und schleppt sich schwer.

Handelte es sich damals nur um die Ausbeute eines verbrecherischen, wahnwitzigen Systems? Ist das alles hinter uns. Ist heute nicht eine Parallele in der Entwicklung vor- handen? Will man nicht wieder die Menschheit gegeneinander hetzen. Will man nicht wieder alle die, die für die Befreiung der Menschheit kämpfen, als schlechte Menschen stem- peln, um damit den Feldzug gegen sie zu rechtfertigen?

Damals führte diese Hetze, als man die Menschen ideologisch dazu reif gemacht hatte, zum zweiten Weltkrieg. Heute führt sie unweigerlich zum dritten, wenn wir uns nicht dagegen wehren. Mütter haben wir damals unsere Pflicht getan! Können wir uns ganz freisprechen von Schuld an dem Entsetzlichen, Furchtbaren, was damals unseren Kindern, unserer Jugend geschehen ist?

Es darf keine Mutter, keine Frau geben, die heute gleichgültig dem neuen Kriegstreiben gegenübersteht. Mit Verleumdung und Hetze fängt es an, mit Massenmord soll es enden. Der Kampf für den Frieden ist der beste Beweis der wahren Mutterliebe!

Es muß ein Strümpfchen mit sich schleifen.  
Das wundgeschuert ist am Knie ...  
Was soll der Zug? Wer kann's begreifen?  
Und diese ferne Melodie ...

Auch Schuhchen können weinen, lachen.  
Da fährt in einem leeren Schuh  
Ein Püppchen wie in einem Nachen,  
Und winkt uns wie im Märchen zu.

Hier geht ein Paar von einem Jungen,  
Das hat sich schon als Schuh gefühlt,  
Das ist gelaufen und gesprungen,  
Und hat auch wohl schon Ball gespielt.

Ein Stiefelchen hat sich verloren  
Und findet den Gefährten nicht.  
Vielleicht ist der am Weg erfroren —  
Ach, damals fiel der Schnee so dicht ...

Zum Schluß ein Paar, ganz abgetragen,  
Das macht noch immer mit, wozu?  
Als hätte es noch was zu sagen,  
Ein Paar zerrissener Kinderschuh.

Ihr heimatlosen, kinderlosen,  
Wer schickte euch? Wer zog euch aus?  
Wo sind die Füßchen all, die bloßen?  
Liebt ihr sie ohne Schuh zu Haus? ...

Der Richter kann die Frage deuten.  
Er nennt der toten Kinder Zahl.  
... Ein Kinderchor. Ein Totenläuten.  
Die Zeugen gehen durch den Saal.

Die Deutschen waren schon vertrieben,  
Da fand man diesen schlimmen Fund.  
Wo sind die Kinder nur geblieben?  
Die Schuhe tun die Wahrheit kund.

Wenn Tote einst als Rächer schreiten,  
Und über Deutschland hallt der Schritt,  
Und weithin sich die Schatten breiten —  
Dann ziehen auch die Schuhchen mit.

Der Kindermord ist klar erwiesen.  
Die Zeugen all bekunden ihn.  
Und nie vergiß ich unter diesen  
Die Kinderschuhe aus Lublin.



kutierten, bis sie die Ausladung der Waffen verweigerten. In Algier wurden die Frauen der Hafnarbeiter von der Polizei geprügelt, weil sie ihre Männer unterstützten. Dennoch kämpften sie weiter.

In Frankreich legte sich eine junge zwanzigjährige Frau, Raymonde Dinn, auf die Schienen und hinderte einen Waffentransport an der Weiterfahrt. Zusammen mit einer Anzahl Mitkämpferinnen für den Frieden richtete sie einen flammenden Appell an die Eisenbahner. Sie wurde ins Gefängnis geworfen, aber sie begeisterte zahllose andere Frauen, sich aktiv an der Verhinderung der Rüstungen zu beteiligen.

## Die Eltern sind aktiv geworden

„Wir sehen mit größter Sorge, daß alle Fragen aus dem Blickfeld der höheren Schulen behandelt werden.“

Vor etwa 14 Tagen lag im Württemberg-Badischen Landtag ein Gesetzentwurf vor, der zum Zwecke der Einführung des Frühjahrschulbeginns und -Endes die Verkürzung des Schuljahres für die nächsten acht Jahre um vier Monate vorsah.

Wir nahmen in unserer Zeitung schon des öfteren zu dieser Frage Stellung. In der nächsten Sitzung des Landtags, am 6. Juni, wird dieser Gesetzentwurf nach nochmaliger Beratung im kulturpolitischen Ausschuß erneut zur Debatte stehen. Inzwischen waren aber die Elternbeiräte nicht müde. Gerade hier in Mannheim, wo die Elternschaft sehr wohl zu werten weiß, was eine gute Schulbildung für das Fortkommen unserer Kinder bedeutet, traten in den letzten Wochen eine Reihe von Elternbeiräten in gut besuchten Versammlungen zusammen, um ihren Willen hinsichtlich der geplanten Schuljahrverkürzung darzutun.

In der Anlage bringen wir einige Auszüge von Resolutionen, die in solchen Versammlungen gefaßt wurden

Mannheim, den 17. Mai 1950

An den Stadtrat der Stadt Mannheim  
Resolution der Elternversammlung  
vom 17. Mai 1950, Humboldt- u. Neckarschule  
Die Eltern von zirka 2000 Kindern der Humboldt- und Neckarschule nehmen in anliegender Resolution an den Landtag Stellung gegen eine Schulzeitverkürzung. Sie sehen mit größter Sorge, daß bisher alle Fragen einer äußeren und inneren Schulreform ausschließlich aus dem Blickfeld der höheren Schulen und Universitäten behandelt wurden. Sie bitten deshalb den Stadtrat dringend, sich mit besonderer Aufmerksamkeit der Grundschule (1. bis 4. oder 5. Schuljahr) als Fundierung des gesamten Schulwesens, anzunehmen.  
Der beste Lehrer gehört den Grundschul-

klassen. Pädagogisch gleichgestimmte Lehrer müssen sich an einer Schulabteilung zusammenfinden können, beisammen bleiben und verantwortlich werden, damit Schulorganismen entstehen, die gemeinsam dem gleichen Ziele dienen. Klassenkombinationen (2 Klassen in der Hand eines Lehrers) müssen beseitigt werden. Der Stadtrat hat im Jahre 1900 die Kombinationsklassen abgeschafft. Heute sind sie wieder da. Sie bringen jeder Mannheimer Schulabteilung vielfachen Schaden und wären mit wenigen Ausnahmen bei einer Lehrerschülerzahl 1:45 zu umgehen. Bei der Lehrerauswahl müßte die Stadt das Mitwirkungsrecht haben.

Ist die Grundschule gesund aufgebaut und richtig geführt, dann gehen gute Oberklassen, Sprachklassen und Oberschulklassen organisch aus ihr hervor.  
Im Auftrage der Eltern: Die Elternbeiräte:

Resolution!  
Die am Dienstag, den 16. Mai dieses Jahres in der Anton-Sickingerschule versammelten Elternbeiräte der beiden Schulabteilungen

Mütter, erzieht Eure Kinder zur  
Freundschaft mit allen  
friedliebenden Völkern

der Anton-Sickingerschule I und II (Knaben und Mädchen), sowie der Elternbeirat der K-5-Schule lehnen als Vertreter der 3000 Schulkinder der gesamten Altstadt Mannheims den Vorschlag des kulturpolitischen Ausschusses, der eine Verkürzung des kommenden Schuljahres vorsieht, ab.

Die Elternbeiräte fordern vielmehr im Hinblick auf den Gesundheitszustand der Kinder und im Hinblick auf den schwachen Kenntnisstand als Folge der ungenügenden Schulverhältnisse seit Kriegsende eine Verlängerung des kommenden Schuljahres bis

monstration 27 Frauen mit ihren Babys auf den Armen verhaftet wurden, geht der Kampf weiter. Dies sind nur einige Tatsachen aus den Berichten über die Kämpfe der Frauen in den kapitalistischen Ländern, die in Helsinki gegeben wurden.  
Der Kampf der deutschen Frauen, die

Namens der Elternbeiräte:  
Anton-Sickingerschule I: Stadtrat  
Anton-Sickingerschule II: L. Tritsch  
K-5-Schule: M. Redlich

Resolution

Die in der Turnhalle der Rheinauschule am 10. Mai versammelte Elternschaft der Mädchenabteilung lehnt den vom Kultusministerium Stuttgart am 21. Februar dieses Jahres gegebenen Erlaß über die Schuljahrverkürzung einstimmig ab und fordert mit Entschiedenheit im Interesse ihrer Kinder vielmehr eine Verlängerung der Schulzeit.

Darüber hinaus verlangt die Elternschaft alle Maßnahmen zur Hebung der Volksschule, vor allem eine Verringerung der Klassenstärke in den Schulen der Großstädte, weil hier die Schwierigkeiten infolge der Kriegseinwirkung ganz besonders groß sind.

Es werden im Laufe dieser Woche noch andere Schulen folgen, um dem Plenum des Landtags ihre Stellung zu diesem Problem vorzutragen. Es ist zu erwarten, daß es sich — wie auch der kulturpolitische Ausschuß — dem einheitlichen Willen der Eltern der Volksschüler nicht entziehen kann. Ein Beispiel, daß die Aktivität des Volkes in der Lage ist, die Politik der Parlamente zu korrigieren.

Erfolge des DFD in der Deutschen Demokratischen Republik, besonders aber der wachsende Kampf der westdeutschen Frauen gegen die Kriegsvorbereitungen, fand auf der Tagung größte Beachtung und erweckte starken Beifall der Delegierten.

So stellten sich immer mehr Frauen neben den Millionen Frauen der Sowjet-Union, den Frauen Chinas und der Volksdemokratien, die ihren Friedenskampf in der unermüdeten Arbeit für den demokratischen Aufbau und die Stärkung ihrer Länder leisten.

Die fieberhaften Kriegsrüstungen aber machen es notwendig, der Friedensbewegung eine solche Gewalt zu geben, daß sie den Frieden erzwingen kann. Darum fordert die Exekutive der Internationalen Frauenföderation die Frauen der Welt auf, mit ihrer ganzen Kraft die sich immer mächtiger entfaltende Weltfriedensfront zu unterstützen. „Die Frauen“, so sagte Nina Popowa, die Vorsitzende des Antifaschistischen Komitees der Sowjetfrauen, „müssen noch stärker zum aktiven Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen übergehen. Die Frauen müssen in der Weltfriedensfront die aktivsten Kämpferinnen sein, sie müssen mit ihrer ganzen Kraft die Friedenskomitees, wo immer sie gegründet werden, unterstützen und selbst die stärkste Initiative zur Gründung von Friedenskomitees ergreifen.“ Die Frauen, so beschloß die Exekutive einstimmig, müssen am aktivsten Unterschriftensammlungen für den Stockholmer Appell gegen die Atombombe, dem die Internationale Frauenföderation sich anschließt, durchführen.

Die Frauen des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands gelobten auf dem Gefürhten Bundeskongreß, Millionen Unterschriften gegen die Atombombe zu sammeln, die Frauen der Welt erwarten von uns, daß wir dieses Gelöbnis erfüllen.



## Vergilbte Kinderbriefe

Mannheim, den 4. Februar 1934.

Liebe Mama! Du hast mir doch geschrieben, ich soll Dir schreiben, wie es geht. Da fang ich gleich mit der Katze an, denn die macht immer neben das Kistchen. Dann bekommt sie immer schlägt, wenn sie unter den Schrank gemacht hat, dann schießt sie zu mir und will sich retten. Ich spiele immer mit ihr, ich habe ganz verkratzte Hände und jetzt liegt sie auf dem Sofa.

Am Sonntag lag gerade soviel Schnee, daß ich den Damm runter rutschen konnte in den Dreck. Da rannte ich mit dem Schlitten an den Gartenpfosten und fiel in den Dreck.

Vorgestern war ich dreimal in dem Perisfilm. Die Sinovonie gefiel mir am besten. Da war ein Topf, dem der ganze Brei über das Gesicht lief. Aber Ada machte ihn wieder blank.

Nun ist es 6 Uhr und ich schließe  
Viele Grüße Dein Hans.  
Ata wird mit T geschrieben.

Mannheim, den 2. März 1934.

Liebe Mama! Ich weiß, im letzten Brief habe ich viele Fehler gemacht und in diese werden sicherlich auch sein. Es geht nicht fehlerfrei, aber ich will aufpassen.

Ich glaube, Du weißt noch nicht, daß uns schon einmal ein schöner Fisch kaputt ging. Am Morgen, als die Großmutter ins Zimmer kam, lag der Fisch am Boden. Sie nahm ihn und schüttelte ihn im Wasser herum. Er kam wieder zu sich und lebte noch einen ganzen Tag. Am andern Morgen stand er auf den Kopf und war tot. Wir bekamen wieder einen anderen, der nicht so dumm war wie der erste.

Bei uns ist draußen der ganze Matsch gefroren und man kann sich wieder die Schuhe kaputt klennen. Und ich gehe jetzt auch gleich klennen.

Nun wäre dieser Brief auch geschrieben.  
Viele Grüße Dein Hans.

10. Oktober 1934.

Liebe Mama! Die jungen Hühner haben wir doch gezähmt und jetzt lassen sich die alten Hühner auch fangen, sogar der alte Gockel. Im Sommer war ich jeden Tag fast eine Stunde bei den Hühnern. Sie flogen mir als auf den Kopf, auf die Schultern und auf die Arme. Sie saßen manchmal aufeinander. Aber aufpassen mußte man, daß sie einem nicht in die Augen picken. Ich nahm als eine Brille mit oder nichts, denn so schlimm ist es doch nicht. Sie sind so lieb, die Hühner. Wenn ich etwas habe, dann setzen sie sich überall hin und fressen, wenn ich nur ein bißchen habe, sind sie noch lange lustig, wenn ich ihnen garnichts bringe, picken sie mich in die Füße. Vorgestern haben wir drei junge Gockel geschlachtet. Die ließen sich fangen und auf den Klotz legen, die dachten, es würde mit ihnen gespielt.

Onio, Finnland, 10. Oktober 44.

Liebe Mama! Erschrick nicht, wenn Du den Brief liest. Ich bin heute in finnische Gefangenschaft geraten. Du wirst bereits der Schrift anmerken, daß mit mir etwas nicht stimmt. Nimm es nicht so schwer, es ist nicht so schlimm. Ich bin verwundet, habe einen Lungensteckschuß und zwei Armschüsse, einen im rechten Oberarm und einen im linken Unterarm. Sicherlich werde ich dies auch überleben wie schon vieles. Die Hauptsache, die furchtbaren Strapazen sind um.

Wir waren schon seit ein paar Tagen eingekesselt. Meinst Du, wir hätten uns ergeben dürfen? Die Idioten machten bis zum letzten Schuß weiter. Es dürfte kaum einer unverwundet aus diesem Hexenkessel herausgekommen sein. Meine besten Freunde sind fast alle tot. Näher werden wir weiter transportiert. Den Brief

kann ich durch einen Schweden, der uns Liebesgaben brachte, hinausschmuggeln. Hoffentlich bekommst Du ihn. Sei nicht traurig, es wird schon alles gut werden. Und wenn das äußerste geschieht, Mama, dann sei tapfer. Mir ist das schlimmste, daß Du das alles erleben mußt zu Deinem anderen großen Schmerz.

Liebevoll, Mama, sei stark und auf Wiedersehen!  
Dein Hans.

Er kam nicht zurück.  
1934 stand auch schon der Krieg am Horizont. Die junge Mutter beschwichtigte ihre Sorgen mit den Worten: „Sie sind ja noch so klein, meine Buben. Sie werden sicherlich nicht mitgehen müssen. Du, junge Mutter, ziehe die Lehre daraus!“

## Internationaler Kindertag, das Fest der Freude

In der Deutschen Demokratischen Republik ist die Sorge um die Kinder nicht eine unangenehme Last, der man sich mit möglichst wenig Mitteln entledigt, sondern eine Aufgabe, der man mit Freude nachkommt. Der Internationale Kindertag ist für die Organisationen und Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik ein willkommenes Anlaß, ihre Arbeit für ein glückliches Leben der Kinder sichtbar zum Ausdruck zu bringen.

Eine besondere Freude bereiten die Angestellten des Landratsamtes den Waisenkindern des Käthe-Kollwitz-Helms in Rehna durch Ueberreichung von Geschenken.

Die KWU-Betriebe der Stadt Dresden begannen mit dem Bau einer Miniaturisenbahn, die vom „Großen Garten“ zum Stübelpfad fährt. Diese einzige Kinderbahn wird am 1. Juni anlässlich eines Treffens von rund 25 000 Schülern eingeweiht.

Die Kreissportgemeinschaft Grossenhain unterstützt den Internationalen Kindertag mit dem Reinertrag sämtlicher Veranstaltungen, die am 21. Mai stattfanden.

In Sprewitz werden die Kleinsten der Reichsbahnangehörigen ihren Betriebskindergarten erhalten, und die Jungen und Mädchen des Kreises Stollberg arbeiten mit großer Begeisterung an Briefen und Geschenken an ausländische Jugendliche.

Zwickau verwandelt in Zusammenarbeit mit allen Organisationen die ehemaligen Grünanlagen der Stadt in Kinderspielfläze.

## Unsere Kinder sind den Frieden wert!

Im Lande Brandenburg richten FDJ und Volkssolidarität der Stadt Wittenberge zehn Säuglingskrippen ein, während das DEKA-Werk ein Kleinstkinderheim eröffnet. Nauen-Osthavelland bereitet den Jugendlichen mit drei Pionierzimmern eine Freude.

Der Kreis Querfurt schenkt seinen Kindern eine Bücherei, und Sangerhausen erfreut sie mit einem Schulzoo. Magdeburg geht mit der Eröffnung von zwei Lehrlingswohnheimen, einer Tagesliegestätte für Tbc-gefährdete Kinder und zwei Wohnheimen voran, und in Quedlinburg gibt das Kinderballt durch Tänz in allen Nationaltrachten seine Verbundenheit mit den Jugendlichen der ganzen Welt Ausdruck.

## Neues Haus für „Junge Pioniere“

Am Tag des Kindes wird in Magdeburg ein Haus der „Jungen Pioniere“ seiner Bestimmung übergeben. Zu diesem Haus gehören u. a. chemische und fototechnische Laboratorien, Musik-, Lese- und Schachzimmer sowie Aufenthaltsräume und ein Materialelier.

### Kirchenpräsident Niemöller spricht zum Frieden

Das Mannheimer Friedenskomitee, das im Interesse der Erhaltung des Friedens alle Bestrebungen ohne Ansehen der Partei, Person oder Richtung unterstützt, die einen positiven Beitrag zum Frieden darstellen, fordert die gesamte friedliebende Bevölkerung der Stadt Mannheim auf, die Kundgebung des Evangelischen Blattes „Die Gemeinde“ am Sonntag, dem 4. Juni, abends 19.30 Uhr im Rosengarten, auf der Kirchenpräsident Niemöller über den Frieden spricht, zu besuchen.

Das Mannheimer Friedenskomitee.

### Städt. Kinderklinik jetzt: „Dr. Franz Lust Kinderklinik“

Karlsruhe. Prof. Dr. Franz Lust wirkte von 1920 bis 1933 als Leiter und Chefarzt der Städt. Kinderklinik am Durlacher-Tor. Als Fachschriftsteller wurde er durch sein Werk „Diagnose und Therapie der Kinderkrankheiten“ weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt.

Die Karlsruher Bevölkerung ehrt sein Andenken als großer Arzt und Kinderfreund durch die Umbenennung der Städt. Kinderklinik in „Dr. Franz Lust Klinik“, denn aus Liebe zu den Kindern entsagte er dem Studium der Musik und wurde Kinderarzt. Nach einer erfolgreichen und aufopfernden Tätigkeit wurde Prof. Lust 1933 auf die Straße gesetzt. Nachdem man den Humanisten einige Wochen ins KZ Dachau gesperrt hatte, machte er seinem Leben ein Ende, obwohl ihm die T 4 SA offen standen.

Es wäre noch zu erwähnen, daß Prof. Lust — Pianist, Organist und Meister des Cembalo — den berühmten Prof. Josef Krips, jetzt Staatsoper Wien, als Generalmusikdirektor nach Karlsruhe brachte.

### „Gerhard ist meist besoffen“

Das hat Herr Adenauer der deutschen Jugend zu bieten — Die deutsche Jugend hat ihm in Berlin soeben die erste Antwort gegeben.

Im Folgenden geben wir wörtlich einen Brief wieder, den ein Arbeitsloser, der sich zusammen mit einem minderjährigen Jungen aus Aldingen a. N. im Lager Offenburg für die Fremdenlegion anwerben ließ, an eine ihm bekannte Familie gerichtet hat:

Offenburg, 16. April 1950

Liebe Familie E . . .  
Möchte Euch heute einige kleine Zeilen zukommen lassen. Gerhard und ich befinden uns zur Zeit noch in Offenburg; bei uns ist die Welt mit Brettern vernagelt. Eine Glatze haben wir auch; heute haben wir unsere Kleider und alles verschachtet, um ordentlich noch zu saufen. Wir sehen aus — könnt Ihr Euch gar nicht vorstellen, schlimmer als Gefangene, richtige Gangster sind wir geworden, leider, aber es wird schon wieder anders. Gerhard ist zum Teil in der Küche, ist meist besoffen, er geht bald kaputt vor lauter Saufen. Am Mittwoch fahren wir weg nach Südfrankreich (Marseille), wir sind bei der Legion. In vier Wochen sind wir in Afrika (Sidi bei Abès). Bei mir ist es noch eine Frage, ich bin noch nicht ganz einverstanden.

Viele Grüße ans Haus, besonders an meine Logieleute.

Hochachtungsvoll  
Gerhard und Ernst.

Gerhard schreibt erst von Marseille, Rückantwort noch unmöglich.

Zur gleichen Zeit, als die deutsche und französische Schwerindustrie sich ansieht, eine Aktienverbrüderung vorzunehmen, die Herr Adenauer als deutsch-französische Verständigung auszugeben wagt, schreiben junge Deutsche solche entsetzliche Briefe.

Die französischen Frauen, die heldenhaft die Transportzüge für den „schmutzigen Krieg“ in Indochina aufhalten und damit auch deutsche Mütter vor größerem Leid bewahren, praktizieren deutsch-französische Verständigung. Wie sehr das die deutsche Jugend erkannt hat, bewies sie soeben auf

## Hysterie und ihre Ursachen

In seiner Mittwoch-Ausgabe bringt der „Mannheimer Morgen“ einen Artikel unter der Überschrift „Hysterie“. Ausgehend von einigen hysterischen Vorgängen der letzten Zeit stellt man fest, daß auch das Pfingsttreffen der deutschen Jugend in Berlin eine nicht unbeachtliche Spannung erzeugt und an den Nerven vieler Menschen gezerrt habe. „Ja, warum eigentlich?“ fragt der Verfasser des Artikels und kommt zu der Schlussfolgerung: „Millionen haben das Denken in den richtigen Proportionen verloren!“

Das heißt mit anderen Worten: sie können nicht mehr unterscheiden zwischen Wahrheit und Lüge, denn daß in den letzten Wochen vor Pfingsten die westdeutsche Presse samt Rundfunk im Zusammenhang mit dem Pfingsttreffen gelogen und provoziert haben, was das Zeug hielt, darüber besteht heute — wenn je — nicht der geringste Zweifel mehr. Kann man die abgrundtiefe Verantwortungslosigkeit der westdeutschen Presse und des Rundfunks bei diesem Lügenkonzert besser illustrieren als es der „MM“ tut, wenn er schreibt:

„Die Oberflächlichkeit liegt als gefährlicher Wegelagerer auf dem Wellenband der Rundfunksender in Lauerstellung. Sie vegetiert aber auch in den Zeitungsspalten, von denen zu einem großen Teil der Einfluß auf den Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung ausstrahlt. Die ganzen, halben und die geviertelten Wahrheiten gehen stündlich in die Welt hinaus.“

Wer die Lügenschlammflut der westlichen Presse und ganz besonders des Stuttgarter Senders in den letzten Wochen über sich ergehen ließ, weiß, daß hier die Wahrheit nicht halbiert oder geviertelt wurde, sondern hier wurde mit einer Schamlosigkeit und Verworfenheit gelogen und aufge-

putscht, daß man vor so viel Unverantwortlichkeit nur ausspucken konnte. Dasselbe niederträchtige Demagogenspiel mit den Nerven des westdeutschen Menschen treibt man ja auch in der Kriegsgefangenenfrage. Was hat man nicht alles geschrieben und behauptet über den angeblich geplanten Sturm der FDJ auf Berlin, unter bewußter Verdrehung der Zitate auf den Reden prominenter Politiker der Deutschen Demokratischen Republik, während die FDJ nie etwas anderes als eine Friedensdemonstration beabsichtigte.

Heuchlerisches, scheinheiliges Getue ist es, wenn man jetzt den Lesern Belehrungen in dem Sinne erteilen will, für künftige Fälle, „wenn in nächster Zeit die Wogen des Nachrichten-(Lügen)-Stromes wieder erregende „Flaschenpost“ zu uns spülen werden“, nicht die Nerven zu verlieren. Man lügt ja gerade deshalb weiter, weil man weiß, daß die Leser und Hörer auf die Lügenmeldungen doch wieder hereinfallen werden. Darauf, nur darauf kommt es doch bei den ganzen Schwindelmeldungen der Nachrichtenagenturen an, die wohl die Redakteure der westlichen Presse als solche erkennen, was sie aber in ihrer großen Mehrheit nicht davon abhält, sie im Interesse des „Kalten Krieges“ der Wallstreet ihren Lesern als „lautere Wahrheit“ zu servieren. Entpuppen sich hintennach die Lügen als solche, wird kalt schnäuzig die Kehrlatte der Platte aufgelegt, worin ja der Stuttgarter Sender besondere Übung hat, und verkündet, daß über Pfingsten die Straßen, die vom Berliner Ostsektor zu den Westsektoren führen, durch die Volkspolizei streng abgesperrt waren, so daß es keinen FDJler möglich gewesen sei, die Westsektoren zu besuchen, um sich von dem da-

selbst herrschenden „Wohlleben“ im Vergleich zum „Hungerdasein“ in der DDR zu überzeugen. Daß noch kurz zuvor das Abhalten der Sportkämpfe im Westberliner Stadion und ein Durchmarsch der Jugend durch Westberlin abgelehnt wurden, ja daß die Wut der Reuther und Konsorten sich so weit verstiegen hatte, daß man mit Verhaftung drohte, wenn ein Teilnehmer am Pfingsttreffen in Westberlin auftauche, wodurch man genötigt war, ca. 36 000 Quartiere im Westen abzubestellen . . . daran konnte sich natürlich Radio Stuttgart nicht mehr erinnern. Wir leben ja in einer so

schnellebigen Zeit und wer denkt noch daran, was einige Wochen zuvor gesagt wurde! Das Ganze nennt sich dann „Feldzug der Wahrheit“.

Aber gemacht, ihr Herren, die wirkliche Wahrheit bricht sich doch Bahn trotz Lügen, Lästerei und Provokation. Damit wird man die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der DDR nicht um einen Tag verzögern. Diese Entwicklung wird alle Lästermäuler des Westens zwingen, Wahrheiten nicht nur zu verteilen, sondern ihre Lügen zu vertausendfachen, ohne damit die Erkenntnis der Massen von der aufblühenden DDR und dem Niedergang des Westens verhindern zu können.

### Lastenausgleich der Regierung — Klägliche Lösung

Stuttgart. (wvb). Der Zentralverband der Flieger- und Währungsgeschädigten hat in einer Erklärung die Einstellung der Bundesregierung, besonders des Bundesfinanzministeriums, zum endgültigen Lastenausgleich „auf das schärfste“ abgelehnt. Der Zentralverband identifizierte sich nicht mit der „beabsichtigten kläglichen Lösung“. Er werde vielmehr mit allen Mitteln die Durchsetzung seiner Forderungen verfolgen.

Der Verband weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß er entgegen anderslautenden Mitteilungen bis heute zu keinen offiziellen Besprechungen mit Regierungsstellen über Fragen des Lastenausgleichs aufgefunden worden sei, obwohl er sich hierzu wiederholt bereit erklärt habe.

### Der Weizen soll um 23 Prozent erhöht werden

Die Werktätigen der Stadt und die kleinen Bauern sind die Dummen dabei

Landwirtschaftsminister Stöckh kündigte kürzlich auf einer Kundgebung des Bauernverbandes neue Preiserhöhungen an. Durch den Wegfall der Subventionen in Höhe von 500 Millionen DM jährlich sei eine Erhöhung der Inlandpreise für Weizen von 26.— DM auf 32.— DM nicht zu vermeiden. Mit diesen Preiserhöhungen würden die Subventionen für Düngemittel ebenfalls wegfallen. Als Vorwand für diese Maßnahmen wurde die Behauptung aufgestellt, daß die Nahrungsmittelpreise in Deutschland im Verhältnis zu anderen Ländern zu niedrig seien. Das habe in Frankreich zu einer Beunruhigung wegen der geplanten Wirtschaftsunion geführt, da der deutsche Kumpel billiger lebe als der französische.

Es ist ein Hohn, bei dem derzeitigen Mißverhältnis zwischen Preisen und Löhnen, wenn hier mit aller Brutalität neue Verschlechterungen der Lebenslage der Werktätigen in Stadt und Land angekündigt werden. Jahrelang müssen die Verbraucher durch hohe indirekte Steuern den Brotpreis stützen durch Subventionen, die den in- und ausländischen Importeuren als Ausgleich für den künstlich gehaltenen Weltmarktpreis und dem Inlandpreis gegeben werden. Die Verbrauchersteuern werden aber nicht gesenkt. Die geringfügige Lohnsteuersenkung, die für den Arbeiterhaushalt keine Erleichterung bedeutet, diente ja nur zu dem Zweck, den hohen Einkommen größere Vor-

teile zu gewähren, und wiegt eine solche Preiserhöhung nicht auf.

Bedeutet nun für den kleinen Bauern (der größere Teil kommt gerade so mit Ach und Krach durch) die Erhöhung der Inlandpreise eine Entlastung? Durch die Subventionierung der Düngemittel und Futtermittel war es dem kleinen Bauern möglich, den Ertrag seiner Felder zu steigern. Es war ihm auch möglich, ein Stück Vieh mehr aufzuziehen als es sonst seine Eigenenergie erlaubte, um bei dem Verkauf zu dem nötigen Geld zu kommen. Fallen nun die Subventionen fort, hat er bei dem ganzen nichts erreicht. Erreicht haben nur die Großgrundbesitzer etwas, die ihre Viehhaltung, gestützt auf ihren Maschinenpark, nach Belieben einschränken können oder mehr Weideland anlegen.

Dieses Beispiel zeigt treffend, daß keine Gegensätze zwischen den Werktätigen in der Stadt und den kleinen und mittleren Bauern auf dem Lande bestehen. Gemeinsam müssen sie diese katastrophale Politik bekämpfen. Auf der gesamtdeutschen Tagung in Eisenach ist der Weg dafür klar gezeigt worden. (JV-Volkskorrespondenz)

### Werft keinen Karbid in den Müll

Mannheim. In den letzten Jahren sind in Mannheim und in anderen Städten durch Einwerfen von Karbid in die Mülltonnen Explosionen an Müllfahrzeugen entstanden, bei denen Arbeiter der Bedienungsmannschaft den Tod fanden. Die Bewohner Mannheims werden erneut gebeten, zur Vermeidung von Unglücksfällen keine Explosivstoffe, Chemikalien, Säuren oder sonstige ätzende Stoffe und vor allem kein Karbid und keinen Karbidchlamm in die Müllgefäße zu werfen.

### Herschelbad Mannheim

Sonntag, den 4. 6. 1950, Wellenbad, sowie Dampfbad für Frauen, jeweils von 8 bis 13 Uhr.

### Nationaltheater-Gelände wird Parkplatz

Mannheim. Das Gelände in der Mannheimer Innenstadt, auf dem das Gebäude des weltberühmten Mannheimer Nationaltheaters stand, wird gegenwärtig eingeebnet und als Parkplatz hergerichtet. Das unter Denkmalschutz stehende Portal des einstigen Theaterbaus wird Stein für Stein abgetragen, es soll später bei einem neuen Theaterbau wieder verwendet werden.

Das Mannheimer Nationaltheater war in der Nacht zum 6. September 1943 durch Bombenangriff abgebrannt. Ein Neuaufbau des Theaters an der gleichen Stelle ist nicht vorgesehen. Dagegen soll im Südflügel des Mannheimer Schlosses ein Theater eingebaut werden. Zur Finanzierung des Neubaus hatte der vor einiger Zeit verstorbene Oberbürgermeister Dr. Fritz Cahn-Garnier einen Wiederaufbaufonds für das Nationaltheater ins Leben gerufen. Dieser sind in diesem Fonds rund 150 000 DM zusammengelassen, bei der derzeitigen schlechten finanziellen Lage der Stadt Mannheim kann mit einem Neubau des Nationaltheaters in absehbarer Zeit jedoch nicht gerechnet werden.

## Neofaschistisches Gift für Mannheimer Jugendrat?

Man glaubt der RSF eine „ideologische Auseinandersetzung“ schuldig zu sein Fortschrittliche Jugend erkenne die Gefahr!

Mannheim. Seit der Sprengung der Versammlung der neofaschistischen RSF in Neustheim, bei der sich damals auch der Mannheimer Jugendrat beteiligte, reißt die Kette der von verschiedenen Jugendorganisationen angeregten lächerlichen Rehabilitationsbestrebungen gegenüber dieser gefährlichen Reaktion nicht mehr ab. Auch in der letzten Sitzung des Jugendrats stand dieser Punkt wieder einmal zur Debatte. Anlaß hierzu war der Brief eines gewissen Herrn Eckert, wohnhaft in Mannheim, Seckenheimer Landstraße 2, der sich empört gegen die seitherige gesunde Stellungnahme der fortschrittlichen Jugendorganisationen wendet und mit großem Wortschwall der Jugend nahelegt, sie in einer Diskussion von ihrem „Irrtum“ überzeugen zu dürfen. Dabei scheut sich dieser Herr nicht zu behaupten, seine Partei sei vornehmlich demokratisch.

Zunächst war es die christliche Jugend, die wie auch in der letzten Sitzung des Jugendrates glaubte, sich bei der RSF entschuldigen zu müssen. Sie machte den „harmlosen“ Vorschlag, man möchte dieser Partei doch Gelegenheit zu einer Aussprache geben. Schließlich sei man es ihr schuldig. Es sei festgestellt worden, daß sie zwar antisozial aber nicht neofaschistisch sei. Auch Herr Böttcher von der Evangelischen Jugend schloß sich mit einer geradezu rührenden Naivität dieser Meinung an.

Am meisten überraschte die Stellungnahme der „Falken“, die in dieser Sitzung eine seltene Passivität an den Tag legten. Es war diesmal nicht die gewohnte scharfe Argumentation gegen diese neofaschistische Brut, wie sie Rudolf in der letzten Sitzung so treffend führte. Er war in dieser Sitzung nicht anwesend und seine Jugendfreunde waren entweder müde oder nicht sattelfest.

Bedauerlich war es, daß die Vertreter der FDJ auf Grund der Rückfahrt vom Deutschlandtreffen in Berlin an dieser Sitzung nicht teilnehmen konnten. So wurde dann nach einer Abstimmung festgelegt, daß in der nächsten Jugendratsitzung als erster Tagesordnungspunkt die „ideologische Auseinandersetzung mit der RSF“ steht.

Hoffen wir, daß die fortschrittliche Mannheimer Jugend dieser neofaschistischen Pest eine Abfuhr erteilt, die es ihr für alle Zeiten unmöglich macht, mit ihrem gefährlichen ideologischen Gift junge Menschen zu versuchen. Etlliche junge Mitglieder der RSF, die während der Sitzung anwesend waren verteilten später unter den Jugendvertretern Flugblätter.

Im weiteren Verlauf der Jugendratsitzung kam auch die Sprache auf die von den Amerikanern kürzlich verfügte Räumung der bisher den Jugendorganisationen für Gruppenabende zur Verfügung gestellten Räume im GYA-Heim in der Sophienstraße. Diese Maßnahme der Amerikaner, die die

angebliche Förderung der Jugend nicht oft genug betonen können, wurde treffend charakterisiert durch die nachhaltigen Worte des Vertreters der Falken: „Wenn die Amerikaner lediglich nur leere Schlagworte für uns übrig haben, verzichten wir gern auf eine weitere Zusammenarbeit mit ihnen . . .“

Die amerikanische „Förderung der Jugend“ hinkt aber auch bei der versprochenen Beschaffung eines Omnibusses, der als fahrender Kiosk gute Jugendliteratur in Mannheim verbreiten soll. Man erwartet dabei wieder einmal auf die berühmte letzte Besprechung über diese Angelegenheit.

Die im letzten Jugendforum angeregte Fahrpreisermäßigung für Verbandsfahrten der Jugendorganisation bei der OEG und der Rhein-Haardt-Bahn hat, wie bekannt wurde, inzwischen eine positive Regelung erfahren. Es wurde eine durchschnittliche Fahrpreisermäßigung von 25 Prozent zugesagt.

Ueber die Festlegung des Themas für den ersten Diskussionsabend der Mannheimer Jugend wurde lebhaft debattiert. Es kristallisierten sich als Thema zwei Vorschläge heraus: „Schulreform“ oder „Jugendpflege“. Eine notwendig gewordene anschließende Abstimmung hierüber ergab als endgültiges Thema für den ersten Diskussionsabend, der am 19. Juni, 19.30 Uhr, in der Wirtschaftshochschule stattfinden soll: „Was kann die Stadt Mannheim für die Jugend tun?“



## Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN  
Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

33. Fortsetzung

Mr. Thomson war über diese Nachricht nicht weniger erstaunt als Rynetu. Das ganze Lager stand Kopf. Und obgleich Charles Thomson mit seinem Riesenkater und der Binde um den Hals sich gar nicht wohl fühlte, machte er sich doch gleich auf. Langsam ging er den ungewohnten Weg zu Rynetus Jaranga.

Mr. Thomson war müde von dem Aufstieg und atmete schwer. Mit Mühe kroch er in das Zelt, umfaßte alle mit einem Blick, und als er den Russen erkannte, begrüßte er ihn lebenswürdig in der Tschuktschensprache.

„Sit down, please!“ beantwortete Andrej Shukow seinen Gruß.

„Oh, Sie sprechen englisch?“

„Ja.“

„Gestatten Sie die Frage, mit wem habe ich die Ehre?“

„English: Setzen Sie sich, bitte!“

„Ich heiße Shukow. Sind Sie Mr. Thomson?“

„O yes, Charles Thomson. Sehr erfreut, Mr. Shukow, an diesem Ort einen zivilisierten Menschen zu treffen. Ich wundere mich nur, weshalb Sie nicht gleich bei mir vorgelassen sind. Dieses Zelt dient mir für die Unterbringung von auswärtigen Jägern. Hier riecht es so schlecht, und es ist so wenig zivilisiert.“

„Wundern Sie sich nicht, Mr. Thomson! Ich habe es als meine Pflicht angesehen, diese Behausung der Ihren vorzuziehen.“

„Oh, Mr. Shukow, das ist nicht sehr höflich gegen mich.“

„Meiner Meinung nach, Mr. Thomson, schreibt Ihnen als Ausländer das Gesetz der Höflichkeit vor, mich, den Vertreter des neuen Rußlands, als erster zu begrüßen.“

„Sie sind Bolschewik?“ fragte Mr. Thomson erstaunt.

„Ja, das bin ich.“

Aus der amerikanischen Presse wußte Mr. Thomson, daß die Bolschewiki Leute mit Messern im Mund waren. Und des schien Mr. Thomson wundersam, einen Bolschewiken zu treffen, der besser englisch sprach als er selbst. Vor ihm saß ein blonder Mann mit blauen Augen, der eigentlich einem Norweger ähnelte.

„Sind Sie ein richtiger Bolschewik?“ fragte Mr. Thomson wieder.

„Ja, natürlich. Ich bin Mitglied des Revolutionskomitees von Kamtschatka, Mr. Thomson. Und Sie habe ich hergesehen, weil ich dienstlich mit Ihnen zu tun habe.“

„Oh, Mr. Shukow, bitte sehr! Ich bin bereit, Ihnen in jeder Beziehung behilflich zu sein.“

„Ist Ihnen bekannt, Mr. Thomson, daß bei Beginn der Schifffahrt die Vertreter einer Handelsgesellschaft hier eintreffen werden?“

„Oh, ich weiß das! Ich habe die Presse gelesen“, sagte Mr. Thomson verwundert.

„Die Sowjetregierung hat dieser Gesellschaft das ausschließliche Recht eingeräumt, den Verkauf von Waren hier vorzunehmen. Folglich müssen Sie sich bereitmachen, Mr.

Thomson, Ihre kommerzielle Tätigkeit hier ganz einzustellen.“

„Und Mr. Stevenson, Mr. Clark und Mr. Olson?“ fragte Mr. Thomson hastig.

„Ja, auch die müssen ihren Handel einstellen.“

„Und Mr. Brjuchanow und Mr. Karajew?“

„Jawohl, alle. An der Küste werden sechs große Pelzfaktoreien eingerichtet. Alle Privatpersonen müssen ihren Handel einstellen.“

Jarak dehnte den Hals wie eine Wildgans und nahm gierig jedes Wort auf. Er hatte gemeint, daß Charlie Rotnase wie eine Flechte auf einem Stein an dieser Küste festsaß. Kein Wind würde ihn wegblasen können. Was aber hörten Jarak Ohren jetzt?

Aus allem war zu erkennen, daß der barlose Russe ein wirklicher Vorgesetzter war. Wie groß mußte aber seine Macht sein, wenn er so mit Charlie sprechen konnte!

„Im übrigen, Mr. Thomson, interessiert mich noch einiges aus Ihrem Leben hier“, fuhr Andrej fort.

„Oh, bitte sehr, Mr. Shukow!“

„Ich habe erfahren, daß Sie sich trotz Ihres fortgeschrittenen Alters für einen zivilisierten Menschen äußerst unanständig benehmen.“

Mr. Thomson horchte auf, sein Atem flog.

„Ich meine den peinlichen Vorfall, der gestern abend in Ihrem Hause mit diesem Mann stattgefunden hat.“ Aje fuhr zusammen als Andrej die Hand auf seine Schulter legte.

„Meinen Sie nicht, Mr. Thomson, daß das schlimmer ist als jede Unhöflichkeit?“

Mr. Thomsons Gesicht wurde dunkelrot und dann kreidebleich. Er schwieg.

„Und nach alledem nennen Sie sich einen Kulturmenschen? Einen Vertreter der zivilisierten Welt?“ fuhr Andrej verächtlich fort.

Mr. Thomson senkte den Kopf, und vielleicht zum erstenmal seit zwanzig Jahren dachte er über seine Lebensweise nach. Es

war ihm sehr unangenehm, daß dieses Gespräch in Anwesenheit der Jäger und insbesondere Jarak, vor sich ging, der englisch verstand. Ohne den Kopf zu heben, sagte er leise auf tschuktschisch:

„Jarak, geh hinaus!“

Widerwillig stand Jarak auf.

„Nein, Jarak, bleib hier! Ich brauche dich“, sagte Shukow.

Mr. Thomson saß bewegungslos da und sagte kein Wort. Noch nie hatte ihn einer so schwach gesehen.

„Das ist alles, Mr. Thomson. Haben Sie verstanden, was Sie zu tun haben?“

„O ja ich habe verstanden.“

„Sonst habe ich nichts mehr mit Ihnen zu besprechen, good bye!“

„Good-bye!“ brummte Mr. Thomson feindselig.

Und sein schwerfälliger Körper verschwand hinter dem Pelzvorhang.

„Lump!“ sagte Andrej leise auf tschuktschisch.

Die Sonne hatte den Zenith erreicht und senkte sich wieder. Die Jäger drängten sich draußen und unterhielten sich ohne Unterlaß über diese erstaunliche Neuigkeit. Es gab etwas zu erzählen, wenn sie die Siedlungen an der Küste entlangfahren würden. Mit so enir Nachricht würden sie unbedingt gern gesehene Gäste in jeder Jaranga sein.

Jarak stand mitten in der Menge und erzählte alles, was er gehört hatte. Auf seine Art abgewandelt, gab er das Gespräch zwischen Andrej und Charlie wieder. Der Sinn des Ereignisses war doch allen klar.

Waamscho war am meisten darüber erstaunt, daß viele Menschen Freunde armer Jäger sein konnten.

Die Sonne näherte sich schon der Erde, die Menschen aber redeten und redeten. Der Nachtfrost legte sich wieder auf den feuchten Schnee. Allzeit hatte sich beiläufig die Siedlung zu verlassen, und sein Schlitten war längst hinter dem Berghang verschwunden. Es war wirklich genug Gesprächsstoff vorhanden. Andrej wurde mit frischer Robbenleber

bewirtet. Im Zelt waren Aje, Waamscho und Jarak.

Schüchtern saßen sie um Shukow herum und aßen mit ihm.

„Andrej, wohin wird Waamscho jetzt das Fell des Eisbären bringen?“ fragte Aje.

„Er kann es an Charlie verkaufen. Er wird noch bis zu Beginn des Sommers Handel treiben.“

„Und was soll ich machen? Charlie Rotnase hat mir noch nicht alle Waren für die Fische gegeben. Und sie gehören doch nicht mir. Jachyrygin wird mich schelten.“

„Geh zu Charlie und hole mir den Rest der Waren! Oder hast du immer noch Angst vor Charlie, Aje?“

„Nein, jetzt fürchte ich mich nicht mehr. Allzeit ist auch fort. Man braucht sich nicht mehr zu fürchten!“ rief Aje froh.

Nachdem Andrej Tee getrunken hatte, ging er, von seinen neuen Freunden umringt, hinaus.

Im Handumdrehen hatten die Burschen sein Gespann bereitgemacht. Aje machte sich am meisten dabei zu schaffen. Nur Jarak sah den neuen weißen Mann immer noch ungläubig an.

Andrej holte seine hölzerne Brille hervor und setzte sie auf. Da zog Jarak seine richtige Brille aus der Tasche und überangespant saßen die Hunde im Schnee.

„Das ist ja wunderbar! Was willst du dafür haben?“

Andrej zog fünf Rubel heraus und reichte sie Jarak.

„Wofür?“ fragte Jarak.

„Kauf dir eine andere!“

„Nein, Charlie gibt nichts für Papier. Er tauscht nur gegen Felle.“

„Sag ihm, ich habe verlangt, daß er dir eine Brille verkauft! Das ist russisches Geld und er muß es annehmen.“

reichte sie schweigend Andrej. bereit, loszustürzen. Andrej nahm Abschied von den Jägern.

„Nun, Freunde, auf Wiedersehen! Wir werden uns doch begegnen.“